Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle=Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 240 Mk., durch die Post 240 Mk. ohne Zustell.=Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.=Genossensch. f. d. Bezirk Halle=Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 13 Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 50 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 10 Mark | Montag, den 20. November 1922 | 2. Jahrgang. Nr. 272

Gegen Stinnesdiktatur — für die Arbeiterregierung

An das deutsche Proletariat!

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Das „Kabinett der Arbeit" ist gescheitert. Es ist nicht deshalb mißglückt, weil die Regierenden über das Programm des neuen Kabinetts nicht einig waren. Cuno und Ebert, Wirth und Hermes, Deutsche Volkspartei und VSPD., sie alle haben ein Ziel:

Die Verwirklichung des Stinnesprogramms.

Und nur die Minister werden noch gesucht, die es gegen die Arbeiterschaft durchsetzen sollen.

Um sie zu finden, scheut Fritz Ebert, der vom Industriekapital, von Stresemann bis Stinnes, einmütig gewählte sozialdemokratische Reichspräsident, selbst nicht davor zurück, Cuno zur Bildung einer über „den Parteien stehenden" Regierung aufzufordern. Wenn es das Interesse des Bürgerblocks gilt, wird die Kulisse des Parlamentarismus beiseitegeschoben und das „Kabinett der Arbeit" verwandelt sich, noch ehe es gebildet ist, in ein Kabinett gegen die Arbeiter. Die VSPD.=Führer aber, die Stinnes zu bekämpfen vorgeben, decken die Staatspolitik Eberts und mißachten offen die sich häufenden Proteste aus den eigenen Reihen der Partei.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

In einem internationalen Dokument hat die deutsche Regierung die Aufhebung des Achtstundentags, die Bilanzierung des Budgets durch Brotlosmachung vieler Tausender von Staatsarbeitern und =Beamten als Sicherheit für ihre Erfüllungspolitik versprochen. Die versprochene Bilanzierung des Budgets bedeutet Milliarden neue Steuern, erhöhte Zölle, Lohnkürzungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Und die sozialdemokratischen Minister und die Führer der VSPD. machen diese Note zum Programm ihrer Teilnahme am künftigen Kabinett!

Während das deutsche Volk noch nicht weiß, wer seine Minister sein werden, akzeptiert Poincaré das Stinnesprogramm. Mit Stinnes hält er die „Sanierung" Deutschlands nur von der „Wirtschaftsseite", nur durch Mehrarbeit und Sachlieferungen, an denen das Schwerkapital Milliarden verdient, für möglich.

Wenn die deutschen Proleten 10 Stunden für Stinnes und die französischen Industriebarone schuften, dann ist Poincaré zufrieden.

Dann gibt er England Konzessionen im Orient. Und weil die Orientpolitik der imperialistischen Mächte nicht in Kleinasien, sondern immer noch am Rhein gemacht wird, wird England, um der aufständischen Bauern Anatoliens Herr zu werden, vor Poincarés Plan kapitulieren; vor der Vertrustung des deutschen und französischen Schwerkapitals mit Hilfe der Stinnespolitik.

Arbeitendes Volk in Stadt und Land! Die kommende deutsche Regierung, in der Sozialdemokraten nach dem Willen des Bürgerblocks und der VSPD.=Führer sitzen sollen, soll das Schlußstück einfügen in das Gebäude der Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Schwerkapital, an dem die Stinnes und Poincaré seit langem zäh gearbeitet haben. Die entscheidenden Schichten des deutschen und französischen Bürgertums formieren sich, um geeint gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. In Kürze erfüllt sich, was die Wirth=Regierung der Reparationskommission versprochen hat:

die Durchbrechung des Achtstundentags,

die Auslieferung der Eisenbahn und der übrigen Staatsbetriebe an das Großkapital; die Entlassung der Beamten und Arbeiter. Und die Arbeiterschaft wird gegenüber dem internationalgesinnten Bürgertum wehrlos sein, wenn sie sich nicht im letzten Augenblick fest zusammenschließt, auch gegen den Willen der Führer, die, die Massenproteste überhörend, immer noch an der für die Arbeiterklasse verderblichen Koalitionspolitik festhalten.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die ersten Ansätze für Eueren Zusammenschluß für die Einheitsfront des proletarischen Kampfes sind gegeben.

Der Betriebsrätekongreß

tritt in derselben Zeit zusammen, in der der Bürgerblock und die VSPD.=Führer krampfhaft nach dem Kabinett des Stinnesprogramms suchen. So wird die Arbeiterschaft klar vor die Wahl gestellt. Die Arbeiter können noch jetzt den gemeinsamen Feind abschütteln und durch entschlossene Maßnahmen, die nicht Rücksicht nehmen auf die Interessen des Industriekapitals, sondern allein auf die Interessen der hungernden Massen, Sicherungen gegen weiteres Elend schaffen. Schon sind in den Betriebsräten die Mitglieder aller Arbeiterparteien vertreten. Aber außer der Kommunistischen Partei hat keine Partei sich dieser aus den Massen selbst geborenen Bewegung tatkräftig angenommen. Im Gegenteil: die Instanzen der VSPD. und Gewerkschaften haben bisher alles getan, um die Selbsthilfe des Proletariats gegen die Stinnespolitik planmäßig zu vereiteln. Sie scheuen selbst vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurück, wenn die Mitglieder beginnen, sich gegen die Politik des Burgfriedens und der Arbeitsgemeinschaft aufzulehnen, die nur Elend über die Arbeiterschaft gebracht und ihre Kraft gelähmt hat.

Werktätiges Volk Deutschlands! Es gilt, diesen Widerstand der Führer gegen den Massenwillen zu brechen. Es gilt, durchzusetzen, daß die Stimmen der Arbeiterschaft endlich gehört werden. Die Arbeiter, ob in der VSPD. oder in der KPD. organisiert, fordern überall schärfsten Kampf gegen die Stinnespolitik. Sie verlangen den Bruch mit der Koalition. Verstärkt den Massendruck in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in allen Versammlungen, damit die Führer Euere Wünsche nicht noch länger mit Füßen treten.

Arbeiter der VSPD.! Duldet nicht, daß die Instanzen noch länger zusammen mit dem Bürgertum eine Politik gegen einen Teil des Proletariats machen. Schließt Euch mit den Kommunisten, die dasselbe wollen, wie Ihr, zusammen

zur Einheitsfront des kämpfenden Proletariats!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Koalitionsregierung hat Euch in vier Jahren nur wachsendes Elend gebracht. Sie droht Euch heute, die letzten kümmerlichen Errungenschaften des 9. November zu nehmen. Nur wenn Ihr Euch zusammenschließt, wenn Ihr Euch eine Regierung schafft, die, gestützt auf die Organisationen der Arbeiterschaft, getragen von den Betriebsräten, ans Ruder kommt, sind Euere Interessen gesichert.

Nur durch die im Kampf errungene Arbeiterregierung könnt Ihr Euch helfen. Nur durch die Arbeiterregierung ist Euch die Sicherheit Eurer Existenz verbürgt. Nur durch die Arbeiterregierung kann die Krise in Euerem Interesse gelöst werden, aus der die Bourgeoisie sich allein auf Euere Kosten einen Ausweg sucht.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Beamte und Angestellte, Ihr alle, über die das Kapital seine Geißel schwingt!

Formiert die einheitliche Abwehrfront gegen den Stinnesvorstoß!

Unterstützt die Bewegung der Betriebsräte und der Kontrollausschüsse!

Kämpft für die Arbeiterregierung!

Berlin, den 18. November 1922.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Ueberall Hungerdemonstrationen

(Eigene Drahtmeldung.)

Dresden, 19. November.

Hier hatten für gestern nachmittag die Gewerkschaften in den verschiedenen Stadtteilen zu Hungerdemonstrationen aufgerufen. Die Beteiligung war eine äußerst zahlreiche. Nach der Kundgebung zogen mehrere Demonstrationszüge durch die Hauptstraßen der Stadt, wobei Rufe nach Brot und „Nieder mit dem Schiebertum" laut wurden. Die Arbeitermassen befanden sich in großer Erbitterung über die ungeheure Preistreiberei, die in den verschiedenen Geschäften betrieben wird. Die großen Warenhäuser und die Hotels in der Prager Straße wurden stark umlagert und von der Sicherheitspolizei besetzt. Sodann kam es in einzelnen Nebenstraßen der Stadt zu besonderen Protestaktionen gegen einzelne Geschäfte. Dabei wurden einige Fensterscheiben eingeschlagen. Der Straßenbahnverkehr ruhte. Die Geschäfte schlossen ihre Läden.

(Eigene Drahtmeldung.)

Dresden, 20. November.

Im Verlaufe der Unruhen sind 53 Personen verhaftet worden. Die bürgerliche Presse meldet in sensationeller Weise über Verhaftungen, die klar und deutlich erkennen lassen, daß die Absicht besteht, alle Unruhen zu kommunistischen Putschen zu machen, sie als solche zu verfolgen. Der Zweck dieser Meldungen soll sein, überall Panzerautos in Bereitschaft zu halten, um die Hungernden blutig niederzuschlagen. Eine Meldung besagt, daß unter den Verhafteten sich auch der „berüchtigte Kommunistenführer" Frenzel, der vor dem Rathause zu offenen Plünderungen aufgefordert habe, sich befinde. Selbstverständlich hat Frenzel mit der Kommunistischen Partei oder mit einem Auftrag der KPD. überhaupt nichts zu tun. Angeblich befinden sich bei den Verhafteten etwa 20 Arbeitslose und Kriegsbeschädigte. Im übrigen sollen alle vollbeschäftigte Arbeiter sein, die teilweise bis 20 000 Mk. Lohn in der Tasche hatten. Neun von den Verhafteten sind unmittelbar beim Plündern erwischt worden. Es geht also unzweideutig aus der Meldung hervor, daß man die Hungerunruhen zu kommunistischen Putschen machen will, um sie blutig niederzuschlagen.

Große Teuerungsdemonstrationen in Ratibor

WTB. Ratibor, 18. November.

Am Sonnabend nachmittag fanden in Ratibor große Teuerungs demonstrationen der Arbeiterschaft aus der Großindustrie statt. Sämtliche Betriebe wurden stillgelegt. Eine während der Kundgebungen auf dem Ring herbeigerufene Abteilung der Schutzpolizei gab Veranlassung zur Beunruhigung, doch trat die Ruhe bald wieder ein.

Der Dollar heute vormittag 7350 Mark

Diktatur der Bourgeoisie

Der Hapag=Generaldirektor Cuno hat gestern den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten Ebert zurückgelegt. In einem Schreiben an Ebert erklärt er, daß trotz der Tatsache, daß die Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie sämtlich auf dem Boden der Reparationsnote vom 13. November stehen und ihm das notwendige Vertrauen entgegenbrächten, ihm die Kabinettsbildung nicht möglich war. Einzelne Parteien hätten nicht nur Anregungen und Wünsche, sondern Anträge und Ansprüche in bezug auf die Zahl, die Personen und die Ressorts der von ihnen zu stellenden Minister vorgebracht. Er müsse entschiedenes Gewicht darauf legen, daß die Zusammenstellung der Regierung ihm überlassen bleibe. Der Reichspräsident hat den Schritt Cunos damit beantwortet, daß er ihn aufgefordert hat, ohne Befragen der Parteien ein Kabinett zu bilden.

Damit ist ein neuer, höchst bedeutsamer Schritt in der deutschen innerpolitischen Entwicklung getan. Das Prinzip der parlamentarisch zu bildenden und auf das Parlament sich stützenden Regierung wird verlassen, die Minister werden selbstherrlich vom Reichskanzler eingesetzt, den der Reichspräsident beruft. Das ist der dritte Akt in der Liquidierung der bürgerlichen Demokratie, die mit dem Durchbruch der Reichsverfassung in der Rathenaukrise zugunsten Orgeschbayerns und der Beseitigung der Volkswahl zur Reichspräsidentschaft begann. Ist die Große Koalition die parlamentarische Form der Diktatur der Großbourgeoisie, war das „Kabinett der Persönlichkeiten" die Verhüllung, unter der die Große Koalition zustande gebracht werden sollte, so ist das überparteiliche Kabinett, das Cuno jetzt in Eberts Auftrag verwirklichen soll, die offene Diktatur der Kapitalsmagnaten, die das Parlament nur noch als ein Anhängsel behandelt, das jeden wirklichen Einfluß verloren hat.

Es ist nicht schwer zu erkennen, wohin dieser Weg führt. Er führt schnurstracks zur außerparlamentarischen Diktatur eines Häufleins Großkapitalisten, die mit Hilfe der bewaffneten Reaktion der Arbeiterschaft ihren Willen aufzwingt. Er führt zum Italien Mussolinis. Mussolini hat die italienische Kammer mit Gewaltandrohung sich gefügig gemacht und versetzt ihr zum Lohn einen Fußtritt nach dem andern. Er regiert faktisch ohne Parlament. Wenn man die entzückten Schilderungen liest, die die volksparteiliche und deutschnationale Presse dem Regiment des italienischen Diktators widmet, dann kann man nicht im Zweifel darüber sein, daß die deutsche Bourgeoisie ein Mussolini=Deutschland nicht nur wünscht, sondern mit aller Energie vorbereitet und seine Verwirklichung herannahen sieht.

Das überparteiliche Kabinett, sei es unter Cuno oder einem anderen „Wirtschaftsführer", sei es mit oder ohne sozialdemokratische Minister, bereitet der weißgardistischen Diktatur auf „friedlichem" Wege die Bahn. Es ermöglicht den rücksichtslosen Gebrauch der Staatsgewalt für die Zwecke und Ziele des Kapitals, für die Einführung der Ueberarbeit, für die Niederknüppelung aller wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, deren Verlust sie zur Ueberarbeit zwingt, für die Aufwälzung der Steuerlasten und der Reparationslasten auf die arbeitenden Massen, für den Milliardenprofit des Stinnes=Lubersac=Abkommens, für die Verwirklichung des französisch=deutschen Riesentrusts, der die deutschen Arbeiter der doppelten Ausbeutung durch einheimische und ausländische Kapitalisten unterwerfen soll. Es ermöglicht der Bourgeoisie, ihre bewaffnete Organisation immer mehr auszubauen und zu verstärken, bis sie stark genug sind, um zum eigentlichen Machtapparat des bürgerlichen Staates zu werden, um den ganzen parlamentarischen Krempel für die Bourgeoisie überflüssig zu machen.

Die Führer der VSPD. tragen für diese verhängnisvolle Entwicklung die unmittelbare Verantwortung. Ebert und seine Gehilfen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind es, die als Vertrauensleute von Stinnes auch in dieser Regierungskrise uneingeschränkt die Interessen der Schwerindustrie vertreten und den Parteiwagen der VSPD. im Geleise der Koalitionspolitik um jeden Preis erhalten haben. Eberts Gehilfe im „Vorwärts", der Chefredakteur Stampfer, bietet morgens und abends dem Kabinett Cuno sozialdemokratische Minister an und versichert ihm das Vertrauen und die Unterstützung der Sozialdemokratie. Im „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst" wird versucht, die Mitgliedschaft im Reichstag mit der Großen Koalition auszusöhnen, und in Berlin muß Breitscheid den aufbegehrenden Arbeitern die „Staatsnotwendigkeiten" darlegen, mit denen man die Unterstützung jeder bürgerlichen Regierung rechtfertigen kann.

Wenn aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hintereinander drei sich widersprechende Beschlüsse faßte, wenn die sozialdemokratischen Blätter jetzt gegeneinander polemisieren und die Ereignisse mit den widersprechendsten Kommentaren begleiten, so zeigen sich darin nicht nur die Winkelzüge der Handvoll Parteibureaukraten, die die Partei in die Große Koalition unter falscher Flagge hineinmanövrieren wollen. Diese Schwankungen sind tiefbegründet im Wesen der VSPD. selbst. Sie sind darin begründet, daß das Programm der VSPD., das Programm der friedlichen Fortentwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus je mehr die Gegensätze sich zuspitzen, desto mehr in schreienden Wider=

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221120-15/fragment/page=0001
DFG

spruch zu den Tatsachen gerät und den VSPD.-Politikern nicht als Richtschnur, sondern nur noch als Fallstrick ihrer Politik dienen kann. Von ihrem im Stich gelassenen Programm kennen sie nur noch einen Gesichtspunkt, den der blanken Opportunität: die Rücksicht auf Mitgliederzahlen, Wahlziffern, Ministersessel und das Ausweichen vor jeder Situation, die ihre Organisation einer Belastungsprobe unterwerfen könnte. So mußte Breitscheid in der Berliner Funktionärversammlung unter Beschwörung der faszistischen Gefahr die Koalitionspolitik um jeden Preis proklamieren. Ob aber in einem bestimmten Augenblick diese oder jene Form der Koalitionspolitik, diese oder jene Form des Ausweichens vor dem Kampfe „nützlicher" sei, darüber gibt es kein allgemein gültiges Urteil. Jede neue Krise muß daher, je tiefer und ausweglosler sie ist, um so schärfer und klarer die politische Richtungslosigkeit der VSPD., ihren politischen Zerfall zutage fördern.

Die Masse der SPD.-Arbeiter hat eben dieser Grundlagen der sozialdemokratischen Politik wegen noch keinen klaren politischen Willen. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter heute in ihren Organisationen und zum Teil in ihrer Presse die Ablehnung der Koalition mit der Volkspartei, ja den Bruch mit der Koalitionspolitik überhaupt, den schärfsten Kampf gegen die Regierung mit Hilfe von Massenaktionen verlangen, so müssen sie sich darüber klar werden, daß die Grundvoraussetzung für die Durchführung der Forderungen der Bruch mit der bisherigen SPD.-Politik überhaupt und die Rückkehr zur rücksichtslosen Vertretung des proletarischen Klasseninteresses mit den Mitteln des Klassenkampfes ist.

Nur wenn die sozialdemokratischen Arbeiter zu dieser Erkenntnis gelangen, wenn sie es nicht bei Protesten bewenden lassen, sondern nach dieser Erkenntnis handeln, kann das Steuer der Politik in Deutschland noch herumgeworfen werden vom Stinneskurs einer bürgerlichen Diktatur zur zielbewußten proletarischen Politik einer Arbeiterregierung.

Todesopfer in Düsseldorf

(Eigener Drahtbericht.)

Düsseldorf, 18. November.

Das brutale Vorgehen der Schupo und des Sozialdemokraten Grützner hat doch ein Todesopfer gefordert. Als Todesursache hat der Arzt „Herzschlag" festgestellt. In Wirklichkeit war der Brustkorb des Mannes gänzlich eingedrückt und der Körper voll zahlreicher Stiche und Schlagwunden. An der heute nachmittag stattfindenden Beerdigung wird sich ein großer Teil der Düsseldorfer Arbeiterschaft beteiligen.

In Schweiler bei Aachen kam es gestern zu großen Teuerungsunruhen. Da Lohnzahlung war, hat sich in den Hauptgeschäftsstraßen eine große Menschenmenge versammelt. Dabei kam es zu Plünderungen der Schuhwaren- und Konfektionshäuser. Die belgischen Besatzungstruppen griffen ein. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Angeblich wurde einem Arbeiter ein Ar abgeschlagen. Viele wurden verletzt.

Auch in Düren kam es zu Teuerungsunruhen und Demonstrationen, ohne daß Plünderungen festgestellt werden konnten. Viele Arbeiter erlitten Verletzungen durch Polizeiattacken. Einige Schaufenster wurden eingeschlagen.

In Brühl bei Köln rückte gestern die Schupo gegen die in den Hauptstraßen versammelten etwa 2000 bis 3000 Menschen an. Die Polizei griff ein. Jedoch war sie gegen die gedrängten Massen machtlos. Als Verstärkung der Polizei herangezogen war, ging sie mit blanker Waffe vor und die Menschenmenge wurde in die Nebenstraßen abgedrängt. Verletzungen sind keine gemeldet.

*

Das sind die Auswirkungen des Stinneskurses: Freier Wucher, riesige Unternehmerprofite und Kugeln für die hungernden Arbeiter. Die Bourgeoisie glaubt durch Anstiftung von Blutbädern die Arbeiterschaft einschüchtern zu können, sie will den großen Schlag gegen den Achtstundentag und alle Arbeiterrechte führen.

*

Demonstration der Hausfrauen in Charlottenburg

Zu einer Ansammlung von Frauen kam es vor dem Konfektionsgeschäft von Jonas, Wilmersdorfer Straße 111, in Charlottenburg. Gegen den Inhaber wurde der Vorwurf erhoben, längere Zeit seine Ware zurückgehalten zu haben, um sie jetzt mit erheblichen Aufschlägen zu verkaufen. Kurz vor Geschäftsschluß wurde eine Schaufensterscheibe zertrümmert und einige Gegenstände aus dem Schaufenster genommen. Die alarmierte Polizei zerstreute die Ansammlung. Sichtungen wurden nicht vorgenommen.

Plünderungen bei Konsumvereinen

Die Unmöglichkeit, den heutigen Lohn mit den Kosten des allernötigsten Lebensbedarfes in Einklang zu bringen, muß natürlich zu einer erhöhten Kriminalität führen, die noch durch die wachsende Arbeitslosigkeit gesteigert wird. Welche dunklen arbeiterfeindlichen Elemente diese Zustände ausnützen, zeigt, daß in der letzten Zeit in einiger Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft teilweise mit Erfolg versucht worden ist, einzubrechen, wobei es den Einbrechern trotz aller Sicherungen gelang, angeblich unbeobachtet, größere Posten von Nahrungsmitteln zu erbeuten.

Die vom Polizeipräsidium informierten Berliner Lokalnachrichten melden vom 17. November gleichfalls: Heute nachmittag gegen 12½ Uhr erschienen vor der Filiale der Konsumgenossenschaft Neukölln in der Mareschstraße 15 etwa sechzig junge Burschen unter Führung einiger älterer Männer und plünderten hier das Warenlager aus. Sie raubten Zigarren, Zigaretten, Tabak, Lebensmittel und sonstige Kolonialwaren im Werte von 50 000 Mk. Einer der Burschen, der 15jährige Herbert Kurt, wurde festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben.

Wer den fanatischen Haß kennt, der in einigen nationalistischen Kleinhändlerorganisationen gegen die Konsumvereine geschürt wird, kommt unwillkürlich zu der Annahme, daß die Arbeiter, die sich an dem Arbeitergut der Konsumgenossenschaften vergreifen, unkontrollierbaren Einflüsterungen zum Opfer gefallen sind.

Reichs- und Landtagswahl in Oberschlesien

(Eigene Drahtmeldung.)

Breslau, 20. November.

Nach den bisherigen Ergebnissen haben bei den gestrigen Wahlen die Deutschvölkischen starken Stimmenzuwachs erhalten. In Ratibor erhielten die Deutschnationalen 7000, Deutsche Volkspartei 1000, Demokraten 700, SPD. 1700, Deutschvölkische 1600, Kommunisten 600 und Polen 800 Stimmen. In Gleiwitz wurden folgende Stimmen gezählt: Zentrum 10000, Deutschnationale 3800, Deutsche Volkspartei 3300, Sozialdemokraten 2800, Demokraten 1500, Deutschsoziale 1700, Kommunisten 2000, Polen 800. In Hatze erhielten bisher: das Zentrum 5500, die Deutschnationalen 1600, die Deutsche Volkspartei 1300, die Sozialdemokraten 1000, Demokraten 200, Deutschsoziale 1000, Kommunisten 121.

Konflikt bei der Berliner Hochbahn

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 20. November.

Am Sonnabend haben die Angestellten der Hochbahn den vom Arbeitsministerium gefällten Schiedsspruch über die Novemberlöhne mit 2400 Stimmen gegen 312 Stimmen abgelehnt. Der Schiedsspruch sieht einen Stundenlohn von 112 bis 118 Mk. vor. Falls die Direktion nicht erhebliche Zugeständnisse macht, ist ein Konflikt unvermeidlich. Für die zweite Novemberhälfte werden beträchtliche Erhöhungen verlangt.

Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektive der Weltrevolution

(Radio der Inprekorr.)

Moskau, 13. November.

3. Verhandlungstag des Weltkongresses

Die Sitzung wird mittags eröffnet. Lenin wird bei seinem Auftreten stürmisch begrüßt; die Delegierten singen die „Internationale".

Lenin führt aus, daß er von dem Thema „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektive der Weltrevolution" nur einen kleinen Teil behandeln wird. Er schildert, welche Ergebnisse die neue ökonomische Politik gebracht habe. Schon im Jahre 1918, als er mit allen Mitteln für die sofortige Durchführung des Sozialismus gearbeitet habe, habe er erklärt, daß der Staatskapitalismus für Rußland einen Schritt vorwärts bedeute im Vergleich zu der damaligen Lage. Zu dieser Ueberzeugung sei er gelangt durch die Analyse der damaligen Verhältnisse. Die Idee von der Sicherung der Rückzugslinie war durchaus richtig. Nicht nur die Angriffstaktik, sondern auch der Rückzug muß durchdacht werden. Dies muß auch im neuen Programm berücksichtigt werden.

Lenin gibt dann eine Uebersicht über die Entwicklung der Lage Rußlands und kommt dabei auf das Finanzsystem zu sprechen, das mit seiner Rubelberechnung geradezu astronomische Zahlen angenommen habe. Das sei jedoch nicht wichtig. Die Hauptfrage ist die Stabilisierung der Währung. Dies gelingt dann, wenn die Wirtschaft fest fundamentiert ist. Im Jahre 1921 hatten wir drei Monate hindurch eine Stabilisierungsperiode. Das Jahr 1922 brachte dann schon eine mehr als fünfmonatige Stabilisierung was beweist, daß wir gelernt haben, vorwärts zu gehen. Wenn wir keine speziellen Dummheiten machen, dann wird uns die Stabilisierung vollends gelingen.

Uebergehend zu den sozialen Schichtungen Rußlands konstatiert Lenin, daß die Bauernschaft jetzt zufrieden sei. Im Jahre 1921 war dies noch anders. Durch den Hunger ist alles in Gefahr gewesen. Die Hungerperiode haben die Gegner dargestellt als eine Folge der sozialistischen Oekonomie, obzwar es sich in Wirklichkeit um die Folge des Bürgerkrieges und der Interventionen der sogenannten zivilisierten Welt handelte. Der Hunger ist zum Glück überwunden. In diesem Jahre sind schon Hunderte von Millionen Pud Naturalsteuern von den Bauern freiwillig abgeliefert worden. Keine Spur von Bauernaufständen ist zu bemerken. Das Bauerntum ist bei uns ein entscheidender Faktor. Das Proletariat ist an der Macht; es führt das Land, aber nicht gegen die Bauern.

Die kleine Industrie befindet sich in einem allgemeinen Aufschwung. Im Zusammenhang hiermit verweist Lenin auf die Besserung der Lage der Arbeiter und betont, daß die Sowjetregierung sich in der Beurteilung der Stimmung der Arbeiter nie irre, da sie zu gute Verbindungen mit den Arbeitern unterhalte. Ja der Schwerindustrie ist nur eine leichte Besserung zu verzeichnen. Selbst entwickelte Staaten können nicht auskommen ohne Anleihen. Wir können solche nicht erhalten. Die Konzessionen, die wir gemacht haben, wollen nicht viel besagen. Wir sparen durch sie auf Kosten anderer an den Aufwendungen zur Wiederherstellung der Schwerindustrie. Ohne Rettung der Schwerindustrie können wir nicht ein selbständiges Land bleiben. Nicht nur eine gute Ernte und eine Besserung der leichten Industrie ist wichtig, sondern in erster Linie die Besserung der Schwerindustrie. Zur Hebung derselben sind mehrere Jahrzehnte erforderlich. Aus unserer Handelstätigkeit haben wir etwa 20 Millionen Goldrubel für den Wiederaufbau der Schwerindustrie zusammengebracht, die nur für diesen Zweck verwendet werden. Der Staat hat seine feste Position in der Landwirtschaft und der Industrie behauptet, und wir sehen, daß es vorwärts geht. Die Bauernschaft unterstützte uns aus Furcht vor der Rückkehr der Grundbesitzer. Für uns kommt es nicht nur auf die Verjagung der Grundbesitzer an sondern darauf, die Macht für die Arbeiter zu erhalten und den Weg zum Sozialismus zu sichern. Der Weg dazu ist in Rußland nun einmal nur über den Staatskapitalismus möglich.

Der russische Staatskapitalismus ist ein sonderbarer Staatskapitalismus: Grund und Boden, Großindustrie und Handel befinden sich in den Händen des proletarischen Staates; nur die mittleren Betriebe sind verpachtet. Bei den gemischt-wirtschaftlichen Handelsgesellschaften lernen wir selbst handeln. Wenn die Handelsgesellschaften nicht gut funktionieren, so haben wir die Möglichkeit, sie aufzulösen. Wir machten eine enorme Zahl von Dummheiten, aber wir müssen bedenken: wir hatten keine Auslandshilfe.

Die Gegner brüsten sich damit, daß Lenin selber eingestehe, Rußland habe viele Dummheiten gemacht. Unsere Dummheiten sind eben andere als die Dummheiten der Kapitalisten und der Helden der 2. Internationale. Er verweist zum Beweise hierfür auf den Vertrag mit Kolischak und auf den Versailler Frieden, den die zivilisiertesten Mächte geschlossen haben.

Die Perspektive der Weltrevolution ist gut. Sie wäre noch viel besser, wenn der organisatorische Aufbau der kommunistischen Parteien ein besserer wäre. Er empfiehlt ein eingehendes Studium der Organisationsthesen des 3. Kongresses. Wir Russen lernen sehr viel, aber auch unsere Genossen des Westens müssen lernen. Das russische Beispiel des Organisationsaufbaues ist kein Heiligenbild. Es ist wichtig, den Aufbau einer Organisation zu verstehen. Auch der Sinn revolutionärer Arbeit muß verstanden werden. Ist das erreicht, dann können wir sagen, daß die Perspektive der Weltrevolution nicht nur gut, sondern ausgezeichnet ist. (Stürmischer Beifall.)

Klara Zetkin führt zu demselben Thema aus, daß die russische Revolution die Entscheidung gebracht habe in dem Kampf zwischen Reform und Revolution. Die 2. Internationale lehne den Reformismus zwar theoretisch ab, mache aber praktisch ausgesprochenen Opportunismus. Der Verlauf der russischen Revolution kennzeichne auch den Kampf des Reformismus gegen die Revolution. Nach der Februarrevolution stellten die Menschewisten und Sozialrevolutionäre die Losung nach Schaffung einer Konstituante der Losung der Schaffung von Sowjets gegenüber. Gegen die Forderung der Diktatur kämpften sie mit der Losung der Demokratie. Schon Engels bezeichnete die Demokratie nach dem Siege der Revolution als den einzigen Feind des siegreichen Proletariats. Der Oktobersieg der russischen Arbeiter und Bauern war kein kühner Putsch einer Minderheit, sondern er war eine gut vorbereitete Massenaktion unter der Führung der russischen Kommunistischen Partei. Die Bolschewiki wägten und wagten. Die Menschewiki sabotierten mit ihrer Forderung der Einberufung einer Konstituante den Oktobersieg. Die Macht der Sowjets steht geschichtlich höher als die Konstituante. Die Losung, die Konstituante mit den Sowjets zu verbinden, ist unsinnig. Die Auseinanderjagung der Konstituante und die Wahlentrechtung der Bourgeoisie ist geschichtlich berechtigt. Die Schaffung der Roten Armee ist die größte Tat der Sowjetmacht. Die Steigerung der Diktatur bis zum Terror ist eine historische Notwendigkeit; seine Härte befreite Millionen Menschen vom Kapitalismus.

Die Rebellion in der VSPD.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 20. November.

Am Sonntag hat sich der Ausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei mit der Frage der Kabinettsbildung beschäftigt. Er brachte zum Ausdruck, daß die Partei jede Mitwirkung in einer offenen oder verschleierten Großen Koalition ablehnen müsse. Man nimmt an, daß die Reichstagsfraktion heute den gleichen Beschluß fassen wird, obwohl der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei anscheinend auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht. Der Ausschuß hat sich auch gegen ein sogenanntes „Kabinett der Persönlichkeiten" ausgesprochen. Ein solches Kabinett stehe im Widerspruch zum parlamentarischen System. Angeblich hat Cuno den Auftrag, falls die SPD. die Koalition ablehne, dann ein „Kabinett der Mitte" zu bilden. Reichspräsident Ebert soll mit der Bildung eines solchen Kabinetts einverstanden sein. Das Kabinett der Mitte würde sich zusammensetzen aus der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, dem Zentrum und der Demokraten. Angeblich ist in diesen Parteien schon über die Bildung eines solchen Kabinetts verhandelt worden. Es ist abzuwarten, welche Haltung die Sozialdemokraten dazu einnehmen.

*

Der Parteiausschuß der VSPD. steht mit seinem Beschluß ganz offensichtlich im Widerspruch zum Parteivorstand. Nach einer offiziösen Verlautbarung durch das WTB. war bereits am Sonnabend in einer Besprechung der Parteiführer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der VSPD. bei Fritz Ebert inzwischen eine neue Einigung erzielt worden, daß die Möglichkeit bestand, auf Grundlage der letzten Note an die Reparationskommission ein überparteiliches Kabinett durch Cuno bilden zu können. Der Vertreter der VSPD. war also auch für die überparteiliche Regierungsschiebung zu haben. Laut „B. T." hat er sich jedoch die letzte Entscheidung durch seine Fraktion vorbehalten.

Wenn der Parteiausschuß die offene und die verschleierte große Koalition und die Mussolinidiktatur durch Cuno ablehnt, so ist dieser Beschluß lediglich unter dem Drucke der VSPD.-Mitgliedschaften gegen die Gelüste der VSPD.-Führer für die Sinneskoalition zustande gekommen. Wir haben in unserer Sonnabend-Ausgabe die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteiorganisationen in Berlin, Leipzig und Chemnitz veröffentlicht, die sehr scharf gegen die Politik der obersten Führerschaft Stellung nehmen. In den Provinzblättern der VSPD. ist im Gegensatz zum „Vorwärts", in dem Stampfer morgens und abends dem Geheimrat sozialdemokratische Minister anbietet, die Opposition gegen die offenen und die verkappte Koalition mit Stinnes nicht minder scharf. In einer Pressezusammenstellung zitiert die „Chemnitzer Volksstimme", das führende Blatt der Opposition, scharf ablehnende Aeußerungen gegen das Kabinett der Persönlichkeiten aus den Parteiorganen von Hamburg, Mannheim, Dresden, Leipzig, Bochum, Düsseldorf und Magdeburg. Heute lesen wir auch in anderen Blättern scharfe Kritiken, so in der „Ostthüringer Tribüne" und besonders in der Frankfurter „Volksstimme", der sich erneut die „Leipziger Volkszeitung" anschließt, indem sie „Auflösung des Reichstags" verlangt.

Es wäre indessen falsch, wenn man aus dieser Opposition und dem Beschluß des Parteiausschusses schließen wollte, daß nunmehr die VSPD. in eine scharfe Oppositionsstellung gegen das Stinnesprogramm treten wird. Die Sozialdemokratie ist durch ihre Zustimmung zu der Note an die Repko bereits gebunden. Wenn sie es ablehnt, in ein Kabinett Cunos aus Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei einzutreten, dann tut sie es nur, um eine Scheinopposition zu betreiben und die Arbeiter um so besser betrügen zu können.

Das „Kabinett der Mitte" wird, wenn es zustande kommt, mit zwei Mehrheiten regieren müssen und, da es selbst über keine Mehrheit im Reichstage verfügt, wird es je nach Lage der Dinge einmal mit den Deutschnationalen und einmal mit den Sozialdemokratie eine Mehrheit zu erlangen suchen. In der inneren Politik (Abschaffung des Achtstundentags, Schaffung des Antistreik- und den anderen Knebelungsgesetzen, Massenentlassung von Beamten, neuen indirekten Steuern usw.) wird das Kabinett stets die Unterstützung der Deutschnationalen haben, und die VSPD. wird sich dabei stets gern überstimmen lassen. In der Wiedergutmachungspolitik hingegen wird die VSPD. getreu ihrer seitherigen Haltung stets mit Cuno durch dick und dünn gehen.

Die Opposition, in der sich die VSPD.-Führer im Parteiausschuß und in der Presse jetzt gefallen ist nur Scheinopposition, um die Arbeiter, die davonzulaufen Miene machen, zu betören. Wenn die VSPD.-Arbeiter Schluß mit der Politik ihrer Führer machen wollen, die sie ins Elend geführt hat, dann müssen sie sich zum Kampf entschließen und ihre Führer zwingen gemeinsam mit der KPD. und den Betriebsräten den Kampf für die Produktionskontrolle, für die Erhaltung des Achtstundentags und für die Arbeiterregierung zu organisieren.

Die Entscheidung drängt. Es ist höchste Zeit, wenn die Arbeiterschaft noch gemeinsam und geschlossen handeln will, ehe sie unter die Knute der Stinnesdiktatur kommt!

An alle Delegierten zum Reichsbetriebsrätekongreß!

Alle Delegierten melden ihre Adresse und das Ergebnis ihrer Wahl sofort an den Vorsitzenden des Neuner-Ausschusses der Betriebsräte Mitteldeutschlands, Fritz Müller, Wittenberg, Kurfürstenstraße 15.

Diejenigen Delegierten, die während der Tagung des Betriebsrätekongresses Quartier benötigen, müssen dieses umgehend an den Obmann der Quartierkommission, Max Crone, Berlin, Mieter Straße 2, mitteilen.

Die im Laufe des Mittwochs, den 22. d. M., in Berlin eintreffenden Delegierten melden sich sofort, spätestens aber bis 11 Uhr abends, im Lokal von Hummel, Sophienstr. 5. Die am Donnerstag Eintreffenden melden sich sofort im Kongreßlokal „Neue Welt", Hasenheide 108—114.

*

Der Reichsausschuß hat für die Tagung des Betriebsrätekongresses drei eigene Telephonanschlüsse, und zwar: Berlin, Amt Moritzplatz Nr. 1772 bis 1774.

Die Telegrammadresse des Reichsausschusses bzw. Betriebsrätekongresses während der Tagung lautet: Betriebsrätekongreß, „Neue Welt", Berlin.

*

Alle für den kommenden Reichsbetriebsrätekongreß gesammelten Gelder sind an den Kollegen Otto Schmidt, Halle, Jahnstraße 11, links, zu senden. Sammellisten mit einsenden! Desgleichen sind die Gelder für die Mitteilungsblätter an die gleiche Adresse zu senden.

Verteilungsmodus der Sammelgelder. Ein Sechstel bleibt am Ort oder Betrieb zur Bestreitung der Unkosten. Fünf Sechstel sind an den Neuner-Ausschuß der Betriebsräte Mitteldeutschlands abzuführen, der davon vier Sechstel an den Reichsausschuß abführt.

Der Neuner-Ausschuß der Betriebsräte Mitteldeutschlands.
Fritz Müller.

Rücktritt des Staatsgerichtshofs-Präsidenten. Wie verlautet, hat der Senatspräsident beim Reichsgericht, Dr. Hagens, sein Amt als Vorsitzender des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik niedergelegt. Sein Nachfolger ist noch nicht gefunden.

Seemannsstreik in Australien. Wie die „Times" mitteilt, sind die Seeleute in Neuseeland und Australien in den Streik getreten, um einen Lohnabbau abzuwehren. Unter den dortigen Seeleuten hat die RGI. starken Einfluß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221120-15/fragment/page=0002

Die Arbeitsgemeinschaften für das Hungerprogramm der Stinnesdiktatur

Berlin, 18. November.

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands hat in diesen Tagen zu der wirtschaftspolitischen Lage Stellung genommen. Das Ergebnis der Verhandlungen kann dahin zusammengefaßt werden, daß dem Zentralvorstand die Lösung der schwebenden Fragen im Sinne der letzten Note der Reichsregierung an die Reparationskommission möglich erscheint. Die Zentralarbeitsgemeinschaft stellt sich daher auf den Boden des in der Note enthaltenen Programms. Sie erklärt sich bereit, die Regierung bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen zu unterstützen und ihrerseits alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft produktiver zu gestalten. Die Verbände werden sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß in der Wirtschaft, ebenso wie in allen Lebensäußerungen eines Volkes das Gesamtinteresse dem Einzelinteresse vorangehen muß.

*

Während die hungernden Arbeitermassen zu spontanen Abwehrkämpfen gezwungen sind, setzen sich Vertreter der freien Gewerkschaften mit den Unternehmern zusammen und vereinbaren die Durchführung der Erfüllungspolitik auf Kosten der Arbeiter. In der Note an die Reparationskommission verspricht die Regierung Massenentlassungen von Beamten und Arbeitern, Aufhebung des Achtstundentages, Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide, also freien Brotwucher und verschärften Hunger.

Jeden ehrlichen Gewerkschafter muß ob der Schamlosigkeit, mit der die Gewerkschaftsführer die hungernden Proletariermassen den Profitinteressen der Kapitaldespoten ausliefern, die Zornesröte ins Gesicht treiben. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft darf sich diese „Führer", denen sie von ihren kargen Hungerlöhnen auskömmlichen Gehälter zahlt, keinen Tag mehr länger gefallen lassen. Der schändliche Pakt, den die Arbeitsgemeinschaftler mit den Unternehmern geschlossen haben, muß zerrissen und der Kampf aufgenommen werden gegen das Hungerprogramm der Großkapitalisten und Stinnesgenossen — für die Verteidigung des Achtstundentages und für die Produktionskontrolle.

Bürgerliche Mehrheit in Mannheim

(Eigene Drahtmeldung.)

Mannheim, 20. November.

Bei der gestrigen Gemeinderatswahl, die nur eine Beteiligung von etwa 40 Prozent aufweist, wurde nach einer bisherigen Meldung die sozialistische Mehrheit gebrochen. Die Bürgerlichen verfügen über eine Mehrheit von ein bis zwei Mandaten.

Die großen und die kleinen Kriegsverbrecher

Die großen Kriegsverbrecher hat man bekanntlich in der Mehrzahl der Fälle freigesprochen oder gar nicht erst vor Gericht gebracht. Die Freisprüche kamen vor dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt zustande, der nun trotz seiner weit rechtsstehenden politischen Anschauung zum Nachfolger des demissionierenden Dr. Hagens als Vorsitzender des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik ausersehen ist. Dieser Tage stand nun vor dem Reichsgericht in Leipzig ein kleiner Schächer, nämlich der wegen Diebstahls und Bettelei vorbestrafte Schneider Karl Grüner. Er soll während seiner Soldatenzeit in Belgien an einer Plünderung teilgenommen haben, wobei ein belgischer Gastwirt angeblich Rädelsführer war. Der Angeklagte, der einfacher Soldat war und keinen Offiziersrang bekleidet, wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Wegen Landesverrats wurde vom zweiten Senat des Reichsgerichts ein Unterwachtmeister der Schutzpolizei in Königsberg gleichfalls zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. (Der Oberreichsanwalt hatte zwei Jahre Festung beantragt.) Der Angeklagte, der als Mitglied einer Luftüberwachungsabteilung gemaßregelt war, hatte der Ententekommission Angaben über mehrere Kisten optischer Instrumente gemacht, die als Bestandteile des militärischen Flugzeugbaus beiseite gebracht worden waren.

Eine boshafte Anfrage

Kürzlich hatte der Magistrat von Berlin zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten einen Bierabend veranstaltet. Herr Ebert war mit seinen Ministern a. D. erschienen. Die deutschnationale Fraktion der Stadtverordneten richtet nun folgende Anfrage an den Magistrat.

Wie hoch belaufen sich die Kosten des „Bierabends" vom 10. November 1922? Aus welchem Etattitel sind diese Kosten vorläufig gedeckt worden? Wann gedenkt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zu machen?

Es ist nicht gerade taktvoll, in dieser Zeit, wo die Stadt mit ihren Gehaltszahlungen im Rückstande bleiben muß, weil die Kassen leer sind, wo Arbeiter hungern, kostspielige Bierabende zu veranstalten. Aber die Deutschnationalen, die unter der wilhelminischen Zeit aus einem Festrummel in den anderen taumelten, haben den allergeringsten Anlaß, sich über einen Bierabend zu entrüsten.

Ausland

Große russische Baumwollkäufe in Texas

London, 19. November.

Reuter meldet aus Neuyork: Aus Dallas in Texas wird gemeldet, daß eine staatliche russische Gesellschaft 50 000 Ballen Baumwolle bei der Texasbaumwollgesellschaft bestellt habe, die nach Petersburg gesandt werden sollen. Die Bestellung habe einen Wert von etwa sechs Millionen Dollars und werde den Russen erlauben, die Tätigkeit ihrer Textilfabriken wieder aufzunehmen.

Vom Tage

2 300 000 Mk. aus einer Stationskasse gestohlen. In der Nacht vom 15. zum 16. November d. J. ist in die Stationskasse auf dem Bahnhof Berlin-Westend eingebrochen und der Betrag von 2 300 000 Mk. gestohlen worden. Die Diebe sind mittels Nachschlüssels in die Kassenräume gelangt und haben zwei eiserne Behälter mit dem darin aufbewahrten Geld mitgenommen.

Berliner Einbrecher arbeiten in der Provinz. Die Millioneneinbrüche nehmen auch in der Provinz zu. Heimgesucht wurden in den letzten Tagen Fabriken und Betriebe in Leipzig, Chemnitz und Umgebung. Durch Funkspruch über Adlershof wurde die Berliner Kriminalpolizei von vier Einbrüchen mit einer Gesamtbeute von mehr als 50 Millionen Mark benachrichtigt, da die Täter vermutlich Berliner Verbrecher sind. In einem Falle erbeuteten die Einbrecher für 28 Millionen präparierte Felle, die zum Teil schon in Bearbeitung waren: Blaufüchse, Silberfüchse, Weißfüchse und Marder und Otterfelle, die alle H. R. gezeichnet sind; in einem anderen Falle in der Nähe von Aulendorf 780 japanische Nerzfelle. — Um Schmucksachen im Werte von 8 Millionen Mark wurde ein Brasilianer auf der Fahrt von Jena nach Berlin bestohlen.

Drei Arbeiter bei einer Kesselexplosion getötet. Das preußische Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Am 17. November ist auf der Schachtanlage Schlegel-Eisen 5/6 bei Recklinghausen ein Dampfkessel explodiert, wobei drei Arbeiter getötet und vier mehr oder weniger stark verletzt worden sind. Die Ursache der Explosion steht noch nicht fest.

Der Kampf der ADGB.-Führer gegen die Betriebsräte

Gewerkschaftskonferenzen in Merseburg und Wittenberg

Die Konferenz in Merseburg

Die Diktatoren der Sozialdemokraten hatten bekanntlich befohlen, daß in Mitteldeutschland am 12. November kein Betriebsrätekongreß stattfindet, wie es das Bezirkskartell beschlossen hatte, und daß dafür am 19. November in drei Unterbezirkskonferenzen die Gewerkschafter von päpstlichen Gesandten auf das Gottlose und die Vermessenheit ihres Tuns nachdrücklichst hingewiesen werden sollten. Für die Kreise **Merseburg, Querfurt, Halle und den Saalkreis** tagte dieses Ketzergericht am Sonntag in Merseburg in der „Funkenburg", wohin sich als Anwalt und Würdenträger der alleinseligmachenden Amsterdamer Kirche Berliner Couleur Dißmann hatte schicken lassen. Da man aber von dem ungläubigen Pöbel stark annehmen mußte, daß es sich die Anklage nicht so ohne weiteres gefallen lassen und man eventuell den Spieß umdrehen würde, so hatte man den Erlöser und kraftspendenden Heiland der neuen Kirche, die Demokratie, einstweilen beiseite gestellt. An Stelle der aufsässigen Betriebsräte hatte man eine entsprechende Anzahl Gewerkschaftspfaffen und Nachbeter „delegiert". So mußte natürlich auch das ganze Ketzergericht zu einer sehr kostspieligen Komödie werden, zu einer gelinden Kopfwäsche für die Pfaffen, die nachlässig geworden waren in der Predigt und der Vertiefung des Glaubens bei ihren Schäfchen von der wirklich und wahrhaftigen Jungfräulichkeit der Mutter Gottes von Amsterdam

Das war kurz zur Erinnerung an die Vorgeschichte der gestrigen Gewerkschaftskonferenz vorwegzuschicken. So verbreitet, eröffnet gegen 10 Uhr vormittags die von über 300 Teilnehmern beschickte Konferenz der Bezirksarbeitersekretär Berkling (Merseburg). Genosse Bürger (Halle) stellte zur Geschäftsordnung an der Hand von Beispielen fest, daß durch die willkürliche Beschickung diese Konferenz man eine wilde Konferenz nennen müsse, die, gleichgültig mit welchem Erfolg, unmöglich gültige Beschlüsse fassen könne. Sie kann weder als eine Vertretungskörperschaft für die Belegschaften in den Betrieben, noch für die Mitglieder der Gewerkschaften angesehen werden. Bedeutung kann sie nur haben als ein Manöver zur Verhinderung der Beschlüsse des Bezirksbetriebsrätekongresses und des Bezirkskartells, das einen Betriebsrätekongreß zum 12. November nach Halle einberufen hatte, um der mitteldeutschen Arbeiterschaft Stellung nehmen zu lassen zu der im ganzen Reiche in Fluß befindlichen Betriebsrätebewegung gegen die Teuerung. Die Arbeiterschaft hat am 12 November gesprochen, und das Geld für die heutigen Konferenzen ist vergeudet zum Schutze der VSDP.-Politik.

Berkling und noch ein Merseburger Nachbeter versuchen, die Schiebungen zu bemänteln, was ihnen aber nicht gelingt.

Dißmann hielt ein dreistündiges Referat über „Die Bekämpfung der Teuerung". Was Dißmann wollte, war aus seinen Widersprüchen nicht zu ersehen. Drei Dinge sollen uns heute beschäftigen. 1. Wo und wie stehen wir? 2. Die Ursachen für den jetzigen schlechten Stand der Wirtschaft und 3. welches sind die Möglichkeiten, um einem weiteren Zerfall der Wirtschaft zu steuern. Zu 1: Not und Elend, steigende Arbeitslosigkeit, Wohnungskalamität, steigende Unzufriedenheit, geringe Hoffnung auf Besserung sind der Ausdruck der jetzigen Situation. „Mangelnde Produktivität der deutschen Wirtschaft" stellt Dißmann ausdrücklich fest Zweitens: Grundursache ist der Kapitalismus, sein Grundgesetz heißt: Gewalt ist Recht. Gewalt des Weltkapitals gegen das Proletariat und Gewalt im Konkurrenzkampf der Kapitalisten untereinander. Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und von Versailles stellen die Komödie der Wilsonschen 14 Punkte bloß. Die Sozialdemokraten aber, die dem Frieden von Versailles zustimmten, handelten vom gleichen Gesichtspunkt aus wie die Russen in Brest-Litowsk. **So bildet jetzt der Versailler Vertrag für uns die Hauptfessel, den Grundpfeiler des Unglücks des deutschen Volkes.** Aber nicht von der Entente oder von außerhalb kommt Hilfe. **Wir müssen uns selber helfen.** Nicht Besitzsteuern, keine Erfassung der Kriegs- und Schiebergewinne hat es in Deutschland gegeben, sondern eine elende Darlehnswirtschaft hat die Finanzen zerrüttet. Die Inflation, die passive Handelsbilanz, Kreditmangel sind neben dem Frieden von Versailles Ursachen der jetzigen Lage, Ursachen, auf die man in Deutschland Einfluß hat. **Sozialisierung der Schlüsselindustrien war 1919 möglich und muß heute noch gefordert werden** (nur fordern?). Hinter der Preistreiberei stehen aber noch die Syndikate. **Die Kontrollausschüsse sind unfähig, etwas zu bieten. Kontrolle der Produktion ist notwendig (was will Dißmann nun eigentlich?), Regierungs-, Staats- und Gemeinde-Exekutiven müssen bei der Preiskontrolle zufassen. Steuerabzug vom Lohn ist die erste Einnahme des Reiches. Wir müssen zu einer anderen Politik der Arbeiterorganisationen kommen als bisher. Gemeinsames, geschlossenes Auftreten gegenüber dem Unternehmertum ist das Gebot der Stunde.**

Ein Korreferat wurde abgelehnt, 15 Minuten Redezeit beschlossen. Nachweislich bekam außer der Reihe Hesse (Halle) das Wort, um den niedrigsten Schmutz zu verzapfen. Die Empörung über diese Provokation ist bei der Opposition so groß, daß ein Genosse aufforderte, den Saal zu verlassen. Die Konferenz wird auf eine Viertelstunde vertagt, nachdem etwa 64 Mann fort sind, die, **nur mit einem Mandat für eine Sonderkonferenz** ausgerüstet, an den ersten Abstimmungen teilgenommen hatten.

Nach Wiedereröffnung spricht Genosse Meidenbauer (Halle) als Diskussionsredner: Wenn man Dißmann reden hört, dann sollte man annehmen, in Deutschland herrschte die Revolution in Permanenz, und für die Kommunistische Partei wäre gar keine Existenzmöglichkeit vorhanden. — Aber Theorie und Praxis der Führer stehen eben in klaffendem Widerspruch, und wenn sie heute über Krieg und Nachkriegspolitik in Deutschland schimpfen, so schlagen sie sich damit selbst ins freche Gesicht. Es ist eben eine eigene Sache, sagt er zu Dißmann, radikal zu reden und dabei sozialdemokratische Politik vertreten zu wollen, das verträgt sich schlecht zusammen. Schließlich verliest und vertritt Meidenbauer noch die Resolution vom Bezirkskongreß der Betriebsräte über die Wohnungsfrage.

Genosse Kirkham fordert die Anwesenden auf, den Kollegen in den Betrieben ein klares Bild zu geben von den Schieberkunststücken, die von den Gewerkschaftsinstanzen anläßlich dieser Konferenz gemacht worden sind. Dißmann hat viel und laut geredet, um den Kern der Dinge nicht zu berühren.

Genosse Koch: Die Stimmung der Mitglieder, die aus den Gewerkschaften austreten wollen, hat ihre Ursache in dem Verrat der Führerschaft.

Genosse Bürger (Halle): Dißmann hat die Frage nach den Ursachen des Elends nicht beantwortet. Vor allem hat die Politik der Sozialdemokraten die Kraft der Massen gelähmt. Arbeitszeitverlängerung bei den Bergarbeitern, Eisenbahnern usw. Nachtarbeit der Bäcker sind die neuesten Errungenschaften des ADGB. Keinen einzigen Weg hat Dißmann genannt, der beschritten werden soll. Bei der Beantwortung seiner eigenen dritten Frage nämlich: Was tun? — verfällt er nur auf die schöne Phrase: Einigkeit, Einigkeit. Soll das etwa die Einigkeit mit Stinnes in der Koalitionspolitik sein? — **Die Selbsthilfe der Massen ist der Weg zur einigen Kampffront der Arbeiter, deshalb organisieren wir den Betriebsrätekongreß als ersten Schritt zur Erkämpfung der Kontrolle der Produktion.** Genosse Bürger bringt dann eine Resolution über die Kontrolle der Produktion und gegen die Rausschmeißertaktik des ADGB. ein.

In seinem Schlußwort versucht Dißmann zu retten, was zu retten ist. Lächerlich macht er sich bei der **Bekämpfung des Betriebsrätekongresses, den er in Gera selbst beantragt hat,** desgleichen, als er meint, daß es immer noch Dumme gibt, die den Unternehmern auf den Leim kriechen. (Meint er die Stinneskoalition!) **Was hat sich geändert? Doch nur Dißmann selbst.**

Die 64 Mann von der Sonderkonferenz sind wieder erschienen. **Daraufhin werden zwei Resolutionen des Bureaus nach Dißmannschem Muster angenommen, die beide aber den ADGB. zu nichts** direkt verpflichten. Die Resolution zur Wohnungsfrage wird ebenfalls angenommen, während die beiden Entschließungen des Genossen Bürger vom Vorsitzenden als abgelehnt erklärt werden. **Man hütet sich aber, auf die verlangte Auszählung unter Vorzeigung des Mandats einzugehen.**

So endete die Komödie wie das Hornberger Schießen. Zwei Erfolge sind allerdings zu verzeichnen: 1. sind die Gewerkschaftskartellkassen ganz wesentlich erleichtert und 2. Dißmann hat bei dem revolutionären Teil der Arbeiterschaft Mitteldeutschlands seinen letzten Kredit verloren. — Einzelne VSPD-Pfaffen meinten beim Fortgehen, sie seien zufrieden mit der Konferenz. Wir gönnen ihnen das Vergnügen. Solche „Siege" haben den Hohenzollern den 9. November 1918 gebracht.

Die Konferenz in Wittenberg

Die auf Veranlassung des Bezirkskartells Merseburg einberufene Versammlung eröffnete Kollege Wiegand (Afa), Halle. Als Vorsitzende wurden die Kollegen Keller und Jänicke und als Schriftführer die Kollegen Reichardt und Totfen gewählt. Kollege Spliedt vom Bundesvorstand des ADGB. referierte über: **„Teuerung, Geldentwertung und Gewerkschaften".** Wer nun geglaubt hatte, von einem Vertreter des ADGB. die Wege gezeigt zu erhalten, die uns besseren Verhältnissen entgegenführen, der hatte sich geirrt. Erst den Kapitalismus wieder aufbauen, dann wird es auch dem Proletariat besser gehen, dann kann es einmal an die Uebernahme der Produktion denken. Aber jetzt, wo wir eine desorganisierte Wirtschaft haben, würde das den völligen Untergang der Arbeiterschaft bedeuten. Die Arbeiterschaft selbst wäre in zwei Teile gespalten, erstens diejenigen, die heute rein gefühlsmäßig revoltieren und glauben, es läge nur an der Untätigkeit der Führer. Wenn diese aggressiver wären, würde im Handumdrehen alles besser werden. Das sind dieselben, die auch den Unfug mit dem Reichsbetriebsrätekongreß treiben. Die Bewegung würde, wenn sie siegreich wäre, nur den Bürgerkrieg auslösen, wir wären in wenigen Wochen wirtschaftlich völlig ruiniert, und Deutschland würde das Aufmarschgebiet der Entente werden. Eine andere Schicht der Arbeiter wären die Unorganisierten und Indifferenten, denen es heute gleichgültig ist, wie sich die Verhältnisse gestalten, die sich sagen, es besteht keine Macht, die Dinge grundlegend zu ändern. Die Tätigkeit der Gewerkschaften müsse nun sein, zwischen diesen Extremen hindurch ihren Weg zu suchen. Wenn die kommunistische Bewegung sich durchsetzen würde, erhielten wir bestimmt die Verhältnisse wie in Italien, die uns doch zu bedenken geben sollten, und es wäre Schuld der Kommunisten, daß es heute dort so aussieht. Kollege Spliedt schilderte dann die Lage der deutschen Wirtschaft durch den Versailler Friedensvertrag, die wir nur beleben können durch Steigerung der Produktion und durch Stützung der deutschen Währung vermittels einer inneren Anleihe. Dadurch könnten wir die Lasten des Friedensvertrages verringern. Es sei auch nötig, daß die Arbeiterschaft sich zur Einigkeit aufraffe und ablasse von der Prinzipienreiterei, die in Frankreich zu völliger Machtlosigkeit der Gewerkschaften geführt habe, woraus der ADGB. die Schlüsse gezogen hat, **den Bolschewismus mit allen Mitteln zu bekämpfen.** Wer in den Gewerkschaften nicht im Sinne des ADGB. arbeitet, sondern kommunistische Ansichten propagiert, der fliegt aus den Gewerkschaften.

Darum sei es Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder im Sinne des ADGB. die Einigkeit in den Gewerkschaften zu erhalten, dann könnte auch etwas erreicht werden.

Die einsetzende Diskussion war eine sehr sachliche und wurde geführt nur von Genossen, die an der bisherigen Tätigkeit des ADGB. strengste Kritik zu üben hatten. Hervorzuheben sind besonders die Ausführungen des Kollegen Otto, der von seinem Standpunkt als Praktiker und Betriebsrat dem Kollegen Spliedt die Wege zur Befreiung des Proletariats zeigte, die Spliedt nicht finden konnte. **Nur durch die Aktion der Betriebsräte, zu denen die Arbeiterschaft noch Vertrauen hat, kann etwas Ersprießliches erreicht werden.** Die übrigen Diskussionsredner bewegten sich alle in dem Sinne, sie gaben alle dem Kollegen Spliedt Fingerzeige, so der Kollege Liebmann vom Landarbeiter-Verband, die Kollegin Luise Kramer für die weiblichen Kollegen und der Kollege Schneider für die Jugendlichen, wie der ADGB. in der Zukunft zu arbeiten habe, wolle er das Vertrauen der breiten Massen wiedergewinnen.

Im Schlußwort gab der Referent allen Diskussionsrednern recht; die Not und das Elend sei groß, es müsse geholfen werden, aber das ließe sich nicht regeln durch den guten Willen der Arbeiter, sondern nur durch eine aktive Gestaltung der deutschen Wirtschaft. **Der Reichsbetriebsrätekongreß sei ein Unfug.** Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam er auf Rußland zu sprechen; wir können den Aufbau der deutschen Wirtschaft nur mit Rußland gemeinsam aufnehmen, aber — **nicht mit dem Bolschewismus!** Er erkannte auch die Maßnahmen, die Rußland bisher zum Aufbau seiner Wirtschaft benutzen mußte, an, aber das **hätte mit Kommunismus nicht das Geringste zu tun, sondern das wäre der Aufbau eines neuen Kapitalismus.** Mit einem nochmaligen Appell zur gewerkschaftlichen Einigkeit endete Kollege Spliedt. Nachstehende Resolution wurde dann gegen eine Stimme angenommen:

„Die am 19. November in Wittenberg tagende Gewerkschaftskonferenz für die Kreise Wittenberg-Schweinitz lehnt jede neue Resolution oder Parolen des ADGB. ab. Dieselbe ist vielmehr der Meinung, daß dem deutschen Proletariat nur geholfen werden kann, wenn der ADGB. zunächst seine zehn Punkte von der Regierung zur Durchführung bringen läßt. Im weiteren stellt sich die Konferenz voll und ganz hinter die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses für den Bezirk Halle-Merseburg und verlangt vom ADGB. die Unterstützung des Reichsbetriebsrätekongresses, um gemeinsam mit den Betriebsräten für die Befreiung der Arbeiterschaft aus Not und Elend zu kämpfen."

Die Konferenz hat gezeigt, daß trotz der Sabotage der Instanzen, trotz ihrer Schieberkunststücke, die Wittenberger Arbeiterschaft und ihre Funktionäre den richtigen, offenen und ehrlichen Weg den Weg des Kampfes gegen ihre Unterdrücker, zu gehen gewillt sind, woran auch ein Schauspieler vom ADGB. oder ein Hilfsdienstpflichtiger des Stinneskapitals, wie der Kollege Klischa in der Aussprache treffend sagte, nichts ändern wird und kann. Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur verlangt und propagiert den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage, und dasselbe forderte der Kollege Spliedt vom ADGB. auch.

Aus der Provinz

Die neuen Löhne der mitteldeutschen Bergarbeiter

Zwischen den am Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Parteien wurde am 15. November 1922 eine Vereinbarung über eine ab 16. November in Kraft tretende Lohnerhöhung getroffen. Nach dieser werden die Leistungslöhne **in den Kernrevieren um durchschnittlich 520 Mk. je Schicht erhöht. In den Randrevieren beträgt die Erhöhung 468 Mk. je Schicht.** Diese Zulage soll auf die bestehenden Klassen der Lohntafel, wie sie nach dem Schiedsspruch vom 27. Oktober 1922 aufgestellt worden ist, prozentual verteilt werden.

Für die jugendlichen und weiblichen Arbeiter wurde eine Abstaffelung der Zulage vereinbart. Die hierbei gemachten Ersparnisse sollen zu einer Erhöhung der Zulage für die erwachsenen männlichen Arbeiter verwandt werden. In den Kern- und Randrevieren, wird gleichfalls mit Wirkung vom 16. November, das Kindergeld auf 80 Mk. und das Hausstandsgeld auf 60 Mk. erhöht.

Während die Löhne um etwa 55 Prozent erhöht worden sind,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221120-15/fragment/page=0003

beträgt die neue Kohlenpreiserhöhung, wie die nachfolgende Notiz besagt, 74 Prozent. Die Kohlenbarone haben es also wieder trefflich verstanden, ihren Profit zu wahren. Durch diese Profitsucht kostet der Zentner Briketts jetzt fast 1000 Mk. Es ist klar, daß der kleine Mann keine Kohlen mehr kaufen kann.

*

Die neuen Braunkohlenpreise. Auf Grund der vorgenommenen Lohnerhöhungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sind nunmehr vom Reichskohlenverband die neuen Preise für Braunkohle festgesetzt worden, die ab 16. November gültig sind. Die Preiserhöhung beträgt durchschnittlich 74 Prozent. Es stellen sich jetzt mitteldeutsche Braunkohlenbriketts auf 11 660 Mk. und mitteldeutsche Rohbraunkohle auf etwa 4075 Mk.

Die Novemberlöhne für das mitteldeutsche Krankenanstaltspersonal und die Straßenwärter

In Verhandlungen am 10. November 1922 wurden die Novemberlöhne für das Personal der staatlichen, provinzialen und kommunalen Krankenhäuser und Heilanstalten im mitteldeutschen Tarifgebiet geregelt. Nach dem ab 1. November gültigen Lohnabkommen erhält in der Ortsklasse A ein Krankenpfleger ohne freie Station einen Monatslohn von 25 000 bis 27 800 Mk., ein Krankenpfleger mit freier Station einen Monatslohn von 9000 bis 9500 Mk., eine Krankenpflegerin ohne freie Station einen Monatslohn von 12 000 bis 13 000 Mk., eine Krankenpfegerin mit freier Station einen Monatslohn von 3000 bis 4700 Mk., Haus- und Küchenmädchen erhalten je nach Alter einen Monatslohn von 1975 bis 4000 Mk. Für die unteren Ortsklassen und für das jüngere männliche Personal sind die Löhne entsprechend nach unten gestaffelt. Für das verheiratete Personal treten zu den obigen Löhnen Hausstandsgelder und Kinderbeihilfen in Höhe von je 800 Mk. je Monat.

Die Oktoberlöhne der Straßenwärter und -arbeiter Mitteldeutschlands sind am 11. November zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverbande der Kreise und Gemeinden e. V. und den beteiligten Gewerkschaften festgesetzt worden. Durch das Novemberlohnabkommen sind die Oktoberlöhne um 60 Prozent erhöht worden. Ab 1. November erhalten die Straßenwärter der Provinzial- und Kreisstraßenverwaltungen der Provinz Sachsen sowie die Straßenwärter der Staats- und Kreisstraßenverwaltungen der Freistaaten Braunschweig und Anhalt nachstehende Tagelöhne: in Ortsklasse 1: 816 Mark, Ortsklasse 2: 780 Mk., Ortsklasse 3: 744 Mk. Zu diesen Löhnen tritt ein Hausstandsgeld in Höhe von 24 Mk. sowie eine Kinderbeihilfe von 16 Mk. täglich.

Bitterfeld. Wohnungsbau. Am Dienstag, dem 14. November, tagte in Bitterfeld die Kreiskommission zur Verteilung der Wohnungsbauabgabe. Die eingegangene Summe beträgt nach Angabe des Landrats Stammer 900 000 Mark. Eingegangen um Darlehen waren die Siedlungsgenossenschaften Gräfenhainichen, Greppin, Zschherndorf und Zörbig, sowie kleinere Anträge von verschiedenen Gemeinden, woselbst es sich um Ausbauten oder Erhaltungsbauten von baufälligen Wohngebäuden handelt. Daß die oben genannten Siedlungsgenossenschaften ganz wesentlich zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen haben, erhellt daraus, daß in Gräfenhainichen 42, Greppin 30, Zscherndorf 6 und Zörbig 20 Wohnungen in diesem Jahre fertiggestellt worden sind oder ihrer Fertigstellung harren. Landrat Stammer unterbreitete der Kommission zwei Vorschläge, wie den eingegangenen Anträgen einigermaßen entgegengekommen werden könne. Entweder der Kreis beschafft sich zu den 900 000 Mark eine Anleihe von mehreren Millionen oder den betr. Antragstellern wird eine entsprechende Summe zur Verfügung gestellt und es wird denselben selbst überlassen, sich dafür eine Anleihe zu beschaffen und zu verzinsen. Die Kommission hielt den letzteren Vorschlag für den vorteilhaftesten. Sodann wurde beschlossen, den oben angeführten Antragstellern ³/₄, also 675000 Mark, zur Verfügung zu stellen; ¹/₄ des Betrages, 225 000 Mark, ist für eingegangene oder noch eingehende Anträge zurückzustellen. Die Höhe des Darlehns der einzelnen Antragsteller zueinander soll sich nach der Quadratmeterzahl der umbauten Wohnfläche richten. Berücksichtigt sollen nach Beschluß nur Wohngebäude werden, welche vom 1. Januar 1921 an erbaut worden sind. Das Darlehn selbst ist als Hypothek für den Kreis Bitterfeld einzutragen und unterliegt genau denselben Bestimmungen wie das Landesdarlehn, nur soll es vor demselben rangieren.

Spende

41. Quittung

40. Quittung	354 855,75
Zahlstelle d. Porz.-Arb., Richard Ulbrich, von Biehla-Elsterwerda	500,—
Liste 289, ges. durch Gen. Heinicke b. Kommers d. HFK. Sportlust u. Turn- u. Sportverein Zangenberg	450,—
Liste 349, v. Distrikt 13a	321,—
Paul Müller, Ammendorf	150,—
Gen. Pfeiffer durch Gen. Claus, Halle	100,—
Uebertrag	356 376,75

Uebertrag	356 376,75
W. Kaßler jun., Halle	100,—
Paul Ellrich sen. u. jun.	100,—
Otto Ulbricht, Halle	100,—
Willi Rögner, Zeitz	50,—
W. Schmidt	50,—
Ungenannt	50,—
Gustav Thomas	50,—
Paul Schubert, Zeitz	20,—
Bruno Stephan, Zeitz	20,—
Rudolf Albert, Zeitz	20,—
Hans Oettgen, Zeitz	30,—
Summa	356 966,75

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bezirksleitung. Dienstag, 21. Novbr., nachm. 5 Uhr, im Bureau: **Sitzung.**

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Sämtl. Gewerkschaftsfraktionsführer und -Kassierer, sowie die Kartellvorstandsfraktion Dienstag, 21. Nov., abends 8 Uhr, im Saale der „Produkt.-Genossenschaft“: **Sehr wicht. Sitzung.**

Achtung, Distriktsführer! Dienstag 8, Mittwoch 9, Donnerstag 9a, Freitag 10, Sonnabend 11, Sonntag 12, Montag 13, abds. 8 Uhr, i. d. Prod.-Genossenschaft.

Halle-Saalkreis.

Dölau. Dienstag, 21. Nov., abends 8 Uhr, im Gasthof Dieskau: **Funktionärsitzung.**

Reideburg. Mittwoch, 22. Nov., abds. 7 Uhr, Gasthof „Zur Linde“: **öffentl. Versammlung.** Ref.: Landtagsabg. Gen. Otto Kilian, Halle.

Kreis Bitterfeld.

Bitterfeld. Mittwoch, 22. November, abends 8 Uhr, im „Fürst Bismarck“: **Mitgliederversammlung.** Stellungnahme z. Programm. Ref.: Gen. Sachse.

Kreis Torgau.

Torgau. Dienstag, 21. Novbr., abends 8 Uhr, in der „Waldschenke“: **Oeffentl. Frauenversammlung.**

Kreis Liebenwerda.

Elsterwerda. Mittwoch, 27. Nov., (Bußtag), nachm. 3 Uhr, in Hoppens Gesellschaftshaus: **öffentl. Versammlung.** Tagesord.: Wie führen wir den Kampf gegen die Teuerung. Ref.: Gen. Höcker, Halle.

Mansfelder Seekreis.

Teutschenthal. Mittwoch, 22. Nov., nachm 3 Uhr, „Würdenhof“: **öffentl. Versammlung.** Ref. Landtagsabg. Gen. Richard Schnetter, Halle.

Alsleben. Mittwoch, 22. Nov., nachm 2 Uhr, in der „Zentralhalle“: **öffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Gustav Bormann, Halle.

Kreis Merseburg.

Merseburg. Dienstag, 21. Novbr., abds 7 Uhr, in der Landwirtschaftl. Winterschule: **Bildungskursus.** Referent: Genosse Bechstedt.

Dürrenberg. Dienstag, 22. November abends 7 Uhr, in der Schule: **Bildungskursus.** Refer.: Gen. Grade.

Dürrenberg. Mittwoch (Bußtag), nachm. ¹/₂4 U., b. Wennecke: **Parteiversammlg.**

Delitz am Berge. Mittwoch, 22. Novbr., abds. 7 Uhr, i. d. Schule: **Bildungskursus.** Ref.: Gen. Finkelmeier, Halle.

Kreis Querfurt.

Querfurt. Mittwoch, 22. Novbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“: **Oeffentliche Versammlung.** Refer.: Genosse Willi Sachse, Halle.

Kreis Zeitz.

Zeitz. Mittwoch, 22. Nov., abds. 7 Uhr, im Restaur. Wagner: **Bildungskursus.** Referent: Genosse Otto Müller, Halle.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Karl Liebknecht-Briefe. F

Wieder vorrätig. Neu erschienen.

Zu beziehen durch die **Bezirksbuchhandlung, Halle (S.),** Lerchenfeldstraße 14.

Dtsch. Bauarbeit.-Verband

Bezirksverein Halle.

Mittwoch, den 22. Nov. (Bußtag), vormittags ¹/₂10 Uhr, im „Volkspark“ (großer Saal):

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis d. Lohnverhandlungen.
2. Entscheidung durch das Tarifamt in der Lehrlingsentschädigung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Auch die auswärtigen Mitglieder haben Gelegenheit zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

4579 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband d. Zimmerer,

Zahlstelle Halle.

Dienstag, den 21. November, abends 7¹/₂ Uhr, im „Volkspark“:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der nochmalig. Verhandlungen vor dem Bezirkslohnamt am 18. November 1922.
2. Bericht von der Bezirks-Betriebsrätekonferenz.
3. Verbandsangelegenheiten

Das Erscheinen all. Mitglied. ist Pflicht. **Mitgliedsbuch legitimiert.** 4580

Der Vorstand.

An Bezirks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.

Ich bitte um

47 Arbeiter-Kunstkalender; Abreiß-Kalender 1923.

Frau G . . . . ., Radewell.

Der Kalender kann in wöchentlichen Raten durch den Zeitungsausträger bestellt werden.

Entzückende Kaffeedecken, Halbleinen, Größe 114×120, **Mk. 1350.**

Prima Burschenjoppen aus schweren Stoffen, **Mk. 8500, 7200.**

Prima Herrenjoppen, durchweg warm gefüttert, **Mk. 12000, 7200.**

Schwere große Bettlaken **Mk. 2800, 2500, 2000.**

Prima Trikothemden **Mk. 1625, 1425.**

Prima Trikotbeinkleider **Mk. 3800 bis 1475.**

Beste Trikot-Herrenhandschuhe mit hoher Manschette . . **Mk. 620.**

Pilothosen in bester Verarbeitung u. prima Stoffen **Mk. 3500, 2800.**

Hosen aus guten Stoffen . . . **Mk. 5250.**

Frauen-Unterröcke das Beste an Qualität, **Mk. 3600, 2000.**

Kamelhaar-Kinderschuhe mit Ledersohle, nur noch kleiner Rest, Gr. 23, 24, 26, 27, 28, Paar **Mk. 420.**

Textil-Handelsgesellschaft m. b. H. vorm. Reinke, Halle a. d. S., Leipzig. Str. 55 l am Riebeckplatz. 4586

Erstes Spezialgeschäft für **Bettstellen, Matratzen,** 4584] **Kinderwagen.** Größte Auswahl. Billigste Preise. Auf Wunsch, bequeme Teilzahlung. **Bruno Paris, Halle a. d. S.,** Kl. Ulrichstr. 2 (Eing. Kanzleigasse).

Dienstag, den 21. November 1922:

Großer Sonderverkauf an Minderbemittelte

mit einem Höchsteinkommen von 20 000 Mark.

Zum Verkauf kommen:

Damen-Hemden 650,— 750,—	**Beinkleider** 450,— 550,—	**Herren-Hemden** 950,— 1250,—	**Herren-Unterhosen** 450,—
Handtücher (Gerstenkorn) 150,— 195,—	**Schlafdecken** 1200 gr schw.) 750,—	**Bettbezüge** mit 2 Kissen 2750,—	**Erstlingshemden und Jäckchen** 125,—
Barchentbluss.-Reste 2 Meter 950,— Mk.	**Maschinengarn** 200 Meter 75,— Mk.	**Sternzwirn** 10 Sterne 48,— Mk.	

Steuerzettel 1921 ist vorzulegen, sonst 50 % Ausschlag. 4583

Martin Rosenthal, nur Schmeerstraße 5, eine Treppe.

Verkaufszeit 9—1 Uhr vormittags, 3—5 Uhr nachmittags.

Von heute an steht ein Transport **Läufer-** 4577 sowie **Futterschweine** zum Verkauf. **H. Richter,** Trothaer Str. 80. Telephon 3752.

Frauenhaar auch in den kleinst. Mengen kaufen und zahlen bis **3000 Mk.** per Kilo 719 **W. Zaake & Co.,** Haarmanufaktur **Halle a. d. S., Beesener Str. 38,** Tel. 1317 Aufkäufer in jedem Ort gesucht!

Schaftstiefel u. Schnürschuhe, Pantoffel, Holzschuhe, neue und getragene, *727 verkauft zu billigen Preisen **J. Sternlicht, Alter Markt 11.**

Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Zahngebisse, Brillanten kaufe zu höchsten Preisen [4575 **Albert Brachert,** Köpziger Straße 192, Laden

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlg.**

Stadt-Theater. Dienstag, 21. Nov., Anf. 7¹/₂, Ende 11 Uhr **Gabriel Schillings Flucht.** Drama von Gerhart Hauptmann. Mittwoch: 4578 **Der Evangelimann**

C.-T. Am Riebeckplatz. Täglich 4581 mit größt. Erfolg **Der kleine Knorpel.** Operette von Herzer und Schur Musik von H. Thürnagel.

Künstler-Spiele Bo Bu Bü Jägergasse 1 Tel. 1066 Ab 16 Nov **4 Neue Künstler 4** 4585

Kleines Haus, Nähe Halle, b voll Auszahl z. kauf. od. zu mieten gesucht. Off. unt. **Kl. 4574** and. Exped. d. B.

Zahle für leere, gr. **Bohnerw.- und Schuhcreme-Dosen** 6 M 4576 **Wüstemann, Fischerpl. 1 b.**

Ehescheidung., Alimente Rechts-, Straf-, Steuersach.-Gesuch. **Tägliche Erfolge.** Rechtsbüro u. Detektei **W. Heß,** jetzt Volkmannstr. 3a III Eing.: Dzondistraße, 2 Min. v. d. Magdeburgerstraße. 72 — Tel. 3221. —

Restaurant Produktiv-Genossensch. Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14 empfiehlt seinen **Mittag- u. Abendtisch**

Etwas ganz Besonderes

bietet Ihnen mein heutiges Angebot für

warme Winterkleidung

Der Name **„Jarosch, das Haus der guten Qualitäten“** bürgt für hervorragend gute, erstklassig verarbeitete Stoffe und **wunderbaren Sitz** der fertigen Bekleidung.

Herr.-Ulster Sportform, mit Gurt, braun-grün meliert 17500	**15600**
Herren-Schlüpfer moderne Homespuns 16500 15800	**13900**
Herr.-Schlüpfer mollige, warme Flauschstoffe 24900 21300	**17500**
Jünglings-Ulster mod. Sportform mit Gurt 14800 13200	**11500**
Jüngl.-Schlüpfer moderne, warme Stoffe, i viel. sch. Mustern 18500 15900	**12100**
Herren-Anzüge mod., helle u. dunkle Muster 19300 17800	**15900**
Herren-Anzüge das denkbar Beste in fertiger Bekleidung 26900 23500	**19800**
Jünglings-Anzüge moderne Fassons, i. vielen Farben 16500 13200	**10500**
Loden-Joppen Sportform mit Falten, warm gefütt. 17800 11900	**6500**
Loden-Joppen für Knaben, mit warmem Futter 5400 4200	**3100**

Es ist empfehlenswert, sich **zur Einsegnung Einsegnungs-Anzüge** schon jetzt einzudecken in allen Größen und Farben jetzt noch sehr preiswert.

S. Jarosch Nachf., Bitterfeld

Markt 7 *954

Das Haus der guten Qualitäten.

Hausfrauen,

kauft nur bei unseren Inserenten!

Eisleben.

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Landwirtschaftliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Aufseher, verh., Hofmeister, verh., Geschirrführer, verh., Schweizer, verh. Oberschweizer, verh.

Gewerbliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Arbeiter, ältere, Buchhalter und Kontoristen, Chauffeure, Lithograph, Sattler, Schriftsetz., Tischler.

b) **Offene Stellen:** Heizungsmonteure, Klempner und Installateure, Schneider (Großstück).

Abteilung für Lehrlinge.

a) **Stellensuchende:** (Antritt Ostern 1923) Bureaulehrlinge, Gärtner, Schlosser, Pferdepfleger, auch nach auswärts.

b) **Offene Stellen:** Nach Eisleben: Bäcker, Buchdrucker, Drogist, Gärtner, Holzbildhauer, Kaufmann, Klempner, Konditor, Maler, Schneider, Tischler. Nach auswärts, mit Kost u. Wohnung: Bäcker, Buchdrucker, Friseur, Maler, Schmiede, Schlosser, Tischler.

Weibliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Arbeiterinnen, Bureaugehilfinnen, Krankenpflegerin, Plätterin, Lehrmädchen für Geschäft, Stützen, Wirtschafterinnen. 799

b) **Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Mädchen für Stallarbeit, Stenotypistin, perf., Stubenmädchen für Privat, Stützen, tücht., 25—35 J., Verkäuferin, tücht., für Papierwaren, Wirtschafterin für Lehrerhaushalt aufs Land.

Bekanntmachung.

In Abänderung der Veröffentlichung des Magistrats vom 1. November 1922 wird Nachstehendes gemäß Beschluß der Ortskohlenstelle infolge der Erhöhung der Kohlenpreise festgesetzt:

§ 1. Bei Abgabe an Verbraucher dürfen für Braunkohlenbriketts, die mit der Bahn ankommen, folgende Preise je Zentner nicht überschritten werden: a) ab Bahnlager des Händlers oder ab Bahnwagen in Fuhren und im Kleinverkauf je Zentner 812 Mk.; b) ab Stadtniederlage des Händlers im Kleinverkauf und in Fuhren je Zentner 824 Mk.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 3. Die Festsetzung vorstehender Höchstpreise tritt mit der Bekanntgabe in Kraft. Der Höchstpreis der Verordnung vom 1. November 1922 wird gleichzeitig aufgehoben.

Eisleben, den 16. November 1922.

798 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Infolge der fortgesetzten erheblichen Steigerung des Kohlenpreises, der Löhne und Gehälter werden die unterm 20. Oktober d. J. gemachten Strompreise aufgehoben und wie folgt festgesetzt:

I. Abnehmer bis einschl. 50 Kilowatt Anschlußwert.

1. Zählertarif:

Licht bis 5000 Kilowattstunden 86 Mk., darüber 85 Mk. die Kilowattstunde; Kraft bis 5000 Kilowattstunden 44 Mk., darüber 43 Mk. die Kilowattstunde.

2. Pauschaltarif:

Eine Pauschallampe oder ein durch Umschalter verbund. Lampenpaar 284 Mk.
Eine automatische Treppenbeleuchtungslampe 145 Mk.
Ein Klingeltransformator (Wechselstrom) 94 Mk.
Ein Klingeltransformator (Gleichstrom) 188 Mk.
Eine Glimmlicht-Klingelanlage 28 Mk.

II. Abnehmer über 50 Kilowatt Anschlußwert.

Außer der Grundtaxe:
Für die Kilowattstunde der ersten 5000 Kilowattstunden 29 Mk.
Für die Kilowattstunde der nächsten 10 000 Kilowattstunden 28 Mk.
Für die Kilowattstunde weiterer Kilowattstunden 27 Mk.

Halle, den 18. November 1922.

4582 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Kleingärten.

Für die im Stadtgebiete liegenden Kleingärten haben wir Höchstpachtpreise gemäß § 1 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 festgesetzt. Wer entgegen den Vorschriften zu hohe Pachtpreise erhebt, hat den zuviel erhobenen Betrag bis zur zehnfachen Höhe an die Kasse des Ortsarmenverbandes zu entrichten. Die Höchstpreise können im Rathause, Zimmer 12, eingesehen werden.

Eisleben, den 16. November 1922.

797 **Der Magistrat.**

Wittenberg

Palast-Theater Lichtspiele u. Varieté.

Von Montag bis Donnerstag:

Das tragische Abenteuer des Japaners **Dr. Rao.**

Perlen bedeuten Tränen

6 Akte. 1300

Außerdem neue Varieté-Kräfte.

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221120-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 20. November 1922

Lettow-Vorbeck verurteilt

Als Lettow-Vorbeck gegen die Vorsitzenden der KPD., USPD., SPD. und des Gewerkschaftskartells sowie gegen die Redakteure der „Volkszeitung" und der „Volksstimme" Strafantrag stellte, da dachte er gewiß nicht, daß der Termin einen für ihn so blamablen und beschämenden Ausgang nehmen würde. Er sowohl als das andere „Stahlhelm"-Kroppzeug dachten damals sicher, daß die Entwicklung zur Militär-Diktatur einen schnelleren Verlauf nehmen würde. Hätte er geahnt, daß von den Parteien soviel erdrückendes Beweismaterial für seine Schuld an den Arbeiterschlächtereien in Mecklenburg zusammengetragen wurde, er hätte sicherlich keinen Strafantrag gestellt, er hätte sich diese Blamage und den berechtigten Vorwurf der Feigheit erspart.

Trotzdem das Gericht die Entschuldigung Vorbecks, daß er vom 10. bis 26. November in Rheinland-Westfalen Vorträge hält, nicht gelten ließ und sein Erscheinen anordnete, war er nicht gekommen. Der Staatsanwalt, der im Laufe der Verhandlung, als es zu einem starken Zusammenstoß zwischen ihm und dem Verteidiger Dr. Rosenfeld und Kasparek kam, glaubte besonders betonen zu müssen, daß er keiner Partei angehöre, beantragte 300 Mk. Geldstrafe wegen Nichterscheinens vor Gericht sowie die Tragung der Kosten des Termins gegen Vorbeck. Dr. Rosenfeld stellte den Antrag auf Vertagung und verlangte außerdem die Vorführung des Generals. Das Gericht mußte die Vorführung beschließen, nur so konnte es beweisen, daß es kaiserliche Generale und hallische Arbeiter gleich behandelt. Vorbeck trotzt dem Gericht, wie er der Regierung im Kapp-Putsch getrotzt hat. Die Angeklagten wollen keine Amnestie, sie können beweisen, daß Vorbeck ein Arbeiterschlächter ist. Der mecklenburgische Staatsminister Sivkowitsch hat im Mecklenburgischen Landtag nach dem amtlichen Protokoll selbst gesagt: Alles Blut, das in Mecklenburg geflossen ist, ist durch die Schuld Vorbecks geflossen. Ein Befehl Vorbecks lautet: Nach Artillerievorbereitung Wahren (ein kleines mecklenburgisches Städtchen) ist mit stürmender Hand zu nehmen. Vorbeck schützt die Vortragskurse nur vor, weil er weiß, **daß in diesem Prozeß seine Tätigkeit als Führer im Kapp-Putsch bewiesen und daß er des Hochverrats überführt werden würde.**

Der Staatsanwalt widersprach der Vorführung, obgleich er als wahr unterstellte, daß Vorbeck sich der Kappregierung zur Verfügung gestellt und daß durch seine Maßnahmen Menschen ums Leben gekommen sind. (Und solche Elemente laufen in der Deutschen Republik frei herum und können den Gerichten auf der Nase herumtanzen. Und nun kam das Einzigartige in diesem Prozeß. **Der Vertreter Vorbecks, der Hakenkreuzler Spilling verlangte die Anwendung der Amnestie für die Angeklagten.** Dieser unverschämte Hakenkreuzler erdreistete sich außerdem noch, von den Angeklagten, Funktionäre der hallischen Arbeiterschaft, als von „solchen Leuten" zu sprechen. Staatsanwalt sowohl Gericht wiesen diese Anrempelung gehörig zurück. Der Verteidiger wies treffend nach, daß Vorbeck sich in Mecklenburg nicht so mutvoll benommen, sondern sich als elender Feigling gezeigt hat.

Nachdem Kasparek noch seine Bauchschmerzen über die Zurücksetzung seiner Person als ehemaliger Landrat durch die Staatsanwaltschaft noch zur Kenntnis des Gerichts gebracht hatte und der Staatsanwalt für seine Person seine Unschuld an der ungleichmäßigen Behandlung Kaspareks und Vorbecks sowie seine politische Gleichgültigkeit erklärt hatte, kam das Gericht zu folgendem Beschluß: Das Verfahren wird auf Grund der Amnestie auf Kosten der Staatskasse eingestellt. Lettow-Vorbeck wird zu 300 Mk. Geldstrafe wegen Nichterscheinens vor Gericht verurteilt.

Wir finden dieses Urteil reichlich sonderbar. Ein Jahr lang läuft der Prozeß; Verteidigung, Angeklagte, der Staatsanwalt sind gegen die Anwendung der Amnestie. Zeugen werden aus Mecklenburg herangeholt, nur der Nebenkläger, der den Strafantrag gestellt hat, verlangt die Amnestie und das Gericht entscheidet demgemäß. Die Verhandlung hätte nämlich ergeben, daß die Behauptungen, die in dem Aufruf zur Demonstration standen, daß Vorbeck ein „Massenmörder" und „Arbeiterschlächter" ist, nicht übertrieben sind, sondern auf Wahrheit beruhen. Durch seinen Beschluß hat das Gericht Vorbeck vor einer weiteren Verfolgung durch das Reichsgericht wegen Hochverrats, vielleicht ungewollt, bewahrt.

In diesem Prozeß hat sich wieder einmal gezeigt, daß die stärkste Seite der Reaktionäre nicht der Mut, sondern die Feigheit, Frechheit und Unverschämtheit ist.

Der „Klassenkampf" nicht „zahlungsfähig"

Die hallischen Stinnesstipendiaten haben gestern eine Werbewoche für ihr Lügenblättchen begonnen. Es versteht sich am Rande, daß die erste Propagandanummer der Werbewoche (für die Stinnesgeschäfte!) der Hetze gegen die Kommunisten gewidmet war. Unter den verschiedenen anderen Hetzartikeln befindet sich auch eine Notiz, daß der „Klassenkampf" nicht mehr zahlungsfähig sei, weil er das Gehalt Österburgs habe nicht auszahlen können. Die Stinnessoldschreiber im „Volksblättchen" müssen, wenn sie so etwas schreiben, tatsächlich ein kurzes Gedächtnis haben, denn erst am Dienstag hatten sie aus dem „Vorwärts" abgedruckt, daß allein für die Monate August-September an die Zentrale der KPD. ein Zuschuß von 77½ Millionen Mark aus Moskau zu verzeichnen sei. Wir wollen den „Volksblatt"-Schwindlern und -Schiebern verraten, daß der „Klassenkampf" überhaupt nicht zahlungsunfähig wird, da ihm von Moskau direkt große Zuwendungen gemacht werden, und zwar aus dem Grunde, weil er die Sache Moskaus in Deutschland so gut vertritt. Erst am 15. November, an dem Tage, an dem Österburg seinen Wochenlohn abholen wollte, hatten wir zehn Millionen Mark (nicht Rubel) erhalten. Wäre Österburg eine Stunde früher gekommen, also noch während der Kassenstunden, dann hätte er sein Geld auch bekommen. So aber mußte, da der „Klassenkampf"-Geldschrank sich als zu klein erwies, die große Summe zu fassen, das Geld nach der Bank geschafft werden. Ob die Stinnesstipendiaten, die die Sache Stinnes so gut vertreten, auch solche hohen Zuwendungen bekommen? Es ist schade, daß der spekulierende Kasparek jetzt ebenfalls vom Tische Stinnes ißt. Früher mußte er in seinem Volkszeitungchen öfter interessante Sachen über die geldlichen Verbindungen zwischen Stinnes und den Sozialdemokraten zu erzählen.

*** Die neuen Kohlenpreise für Halle sind, wie wir am Sonnabend bereits vermuteten, auf beinahe 1000 Mk. für den Zentner festgesetzt worden. Der genaue Preis beträgt bei fuhrenweiser Anfuhr nach dem Innern der Stadt gesetzt 980 Mk., geschüttet 975 Mark, ab Platz der Großhändler mit Gleisanschluß 940 Mk., ohne Gleisanschluß 944 Mk., ab Platz der Kleinhändler 970 Mk. Diese Preise gelten nur für kurze Zeit; am 1. Dezember soll der Zentner etwa 1250 Mk kosten.**

*** Aussperrung bei der Firma Brassard.** Ueber die Firma Fr. Schulze, Inh. A. C. Brassard, Boeckestraße, ist die Sperre verhängt worden. Zur Regelung der bestehenden Differenzen war der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Trotzdem hat die Firma die Belegschaft rücksichtslos auf die Straße geworfen. Steinarbeiter, Marmorschleifer und Hilfsarbeiter! Uebt Solidarität und meidet diesen Betrieb.

* **Kontrollausschuß Halle.** Die angesetzte Sitzung für Montag bzw. Dienstag fällt aus. Die nächste Sitzung wird noch bekanntgegeben.

* **Gestohlen wurden bei einem Einbruch in ein Metallager 70 bis 75 Stangen Lötzinn, winkelig gegossen, und 15 Zinnblöcke.**

Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongreß

Textil- und Bekleidungsindustrie

Alle Beschäftigte wählen am Dienstag, dem 21. November, zum Reichsbetriebsrätekongreß. Die Wahl findet im Lokal „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14, in der Zeit von 5 bis 8 Uhr abends statt. Alle Heimarbeiter müssen sich ebenfalls daran beteiligen

Betriebsratsobleute und Vertrauensleute der oben genannten Gruppe haben heute, Montag, den 20. November, nochmals Besprechung in der „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14. Wichtige Tagesordnung. Keiner darf fehlen.

Der Gruppenrat.

Gruppe Staat und Kommune.

Heute, Montag, abend 7 Uhr Vollversammlung sämtlicher städtischen Betriebsräte und Obleute in der „Produktiv-Genossenschaft". Wichtige Besprechung, Erscheinen aller Betriebsräte ist Pflicht.

Der Gruppenrat.

Die Betriebsräte vom Bergbau

der Gruben Alwine (Bruckdorf), Klara Verein (Gröbers), Riebeck-Montanwerke (Ammendorf), Frohe Zukunft (Mötzlich), Neuglück (Nietleben), Grube Alt-Zscherben, Henriette (Eisdorf) und Grube Bennstedt haben ihre gesammelten Gelder zur Finanzierung der Delegierten zum Reichsbetriebsrätekongreß unverzüglich durch Boten am Dienstag, dem 21. November, abends 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14, abzuliefern. Abrechnung erfolgt später an dieser Stelle.

Der Gruppenrat.

*

Leuna-Arbeiter.

Am Montag, dem 20. November, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale des „Volkspark" eine öffentliche Versammlung für Leuna-Arbeiter statt, die zum Reichsbetriebsrätekongreß Stellung nehmen soll.

Wir ersuchen alle Kollegen, für einen recht regen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Außerdem machen wir auf die am Dienstag, dem 1. Novbr. in den Lokalen von Kramer und im Schultheiß, an der Bahn, stattfindenden **Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongreß** aufmerksam. Die Lokale sowie die Wahlzeiten sind so gelegt, daß jeder Kollege in der Lage ist, sein Wahlrecht auszuüben. Die Wahlen finden wie folgt statt, für die mittags in Schicht gehenden Arbeiter von 11½ bis 1 Uhr, für die aus der Schicht kommenden von 3 bis 4½ Uhr, für die Tagesschicht von 6 bis 7½ Uhr. Die Nachtschicht kann in den angegebenen Zeiten ihr Wahlrecht ebenfalls ausüben. Jeder wählt da, wo es ihm beliebt.

Kollegen, es gilt, den Gewerkschaftsbonzen zu zeigen, daß wir trotz aller Sabotage bereit sind, unser Schicksal selber zu bestimmen. Denn nur so ist es möglich, vorwärts zu kommen. Kollegen, nutzt die Zeit, sorgt dafür, das auch der letzte Leuna-Arbeiter an die Urne gebracht wird und seine Stimme für den Reichsbetriebsrätekongreß abgibt. Wir wollen zeigen, daß auch die Leuna-Arbeiter Schulter an Schulter mit ihren Klassengenossen der anderen Betriebe zu kämpfen bereit sind.

Wahlausweis: Verbandsbuch oder Leuna-Ausweis.

Der Wahlausschuß.

Aus der Provinz

Der Noskesozialist Paul Levi flieht aus Mansfeld

Scharfe Abrechnung mit den „vereinigten Schiebern" in Eisleben

Trotz Vereinigung der USPD. mit der SPD. will es im Mansfelder Lande nicht vorwärtsgehen. Der ersehnte Erfolg ist ausgeblieben. Die wenigen revolutionären Arbeiter, die noch bei der USPD. verblieben waren nach dem hallischen Parteitag 1920, haben die Vereinigung mit den Noskesozialisten nicht mitgemacht, sondern der „Massenpartei" den Rücken gekehrt. Also mußte etwas unternommen werden, den lahmen Parteigaul wieder in Trab zu bringen. Was lag da näher, als den be—rühmten Paul Levi, den neuesten VSPD.-Wanderredner, der sich von der Kommunistischen Partei zur USPD. zurückgemausert hatte und schließlich gar Noskesozialist geworden ist, nach Mansfeld zu entsenden, um zu retten, was zu retten ist. Eigentlich war's eine große Dummheit der VSPD.-Leute, einen Levi zu entsenden mit solcher Vergangenheit. Hatte man geglaubt, daß er kommen, sehen und siegen würde? Es kam anders, obwohl man vorher alles Mögliche getan hatte, um den Erfolg sicherzustellen. Alle Agitation, alles tagelange Rennen und Flitzen der „vereinigten" Redakteure und Sekretäre war umsonst. Die Mansfelder Arbeiter haben den Levi nicht vergessen, sie waren gekommen, um sich den neuesten Noskesozialisten anzusehen und mit ihm abzurechnen. Und die Abreibung war eine gründliche, eine wohlverdiente! Die Absicht Levis, den Kommunisten eine vernichtende Niederlage zu bereiten, ist elend zuschanden geworden. Nachdem er geraume Zeit in seinem Referat im Baumwollhandel sich verstrickt hatte (dies sollte den Zweck haben, die Mansfelder Arbeiter in die grausigen Zusammenbruchserscheinungen theoretisch einzuweihen), machte er schließlich in wüster Kommunistenhetze. Hatte er vielleicht geglaubt, in den Mansfelder Arbeitern Dumme vor sich zu haben? Was er sonst noch sachlich sagte, das haben die Kommunisten in vielen Versammlungen vor ihm gesagt. Seine Rede klang aus, daß die Produktion gesteigert, daß die Mark stabilisiert werden müsse. Die Walze ist Levi von Stinnes ausgehändigt worden. Armer Levi! Nun ist er bei Stinnes gelandet und macht für dessen Theorien Propaganda!

Nach dem Referat Levis sollte die Abrechnung mit ihm erfolgen. Aber Levi kniff! Er mußte angeblich mit dem Zuge weg, da er seinem Parteifreund Ebert bei der Regierungsbildung helfen wollte. Ein feiner Trick! In der Diskussion sprach zuerst unser Genosse Lademann. Scharf sausten die Hiebe auf Levi und seine Parteifreunde nieder, die das Gesicht verzogen wie die Katzen wenn es donnert. Als Genosse Lademann zehn Minuten gesprochen hatte, wollte ihn der VSPD.-Vorsitzende Böttge veranlassen, seine Ausführungen zu beenden, um Levi, der mit dem Zuge fort müsse, das Schlußwort zu geben. Um sich den Anschein zu geben, daß die Demokratie gewahrt werde, ließ er auch abstimmen. Und er brüllte in den Saal: „Das war die Mehrheit!" trotzdem ganze 50 Hände sich nur erhoben hatten. Da er keine Gegenprobe zur Abstimmung vornahm, forderte Genosse Lademann die Anwesenden selbst auf zur Gegenprobe. Und siehe da: Hunderte von Händen erhoben sich, die verlangten, daß Genosse Lademann weiterreden sollte. Levi riß aus wie ein begossener Pudel. Als Böttge die Bescherung sah, schloß er kurzerhand die Versammlung und eilte seinem Parteifreund Levi nach, mit ihm noch einige seiner Getreuen. Auf ihren Gesichtern glänzten vor Angst Schweißperlen. Unser Genosse Müller ergriff die Initiative und führte die Versammlung weiter, ohne Levi, ohne Böttge und Konsorten. Es sprachen noch die Genossen Lademann, Menzel, Fritz Müller und Hoffmann. Die Arbeiter hielten aus bis zum Schluß. Unsere Redner ernteten stürmischen Beifall. Die Versammlung schloß mit einem vollen Erfolg für die Kommunistische Partei.

Ob die VSPD.-Leute nun endlich einsehen werden, daß sie in Mansfeld abgegessen haben? Mögen sie 20 Sekretäre dort anstellen, mag ihre Presse noch so sehr gegen die Kommunisten wüten, die Mansfelder Arbeiter lassen sich nicht für dumm verkaufen. Noch eine solche Versammlung und die VSPD. ist in Eisleben vollends erledigt. Es geht rasend bergab mit ihr!

Ausschneiden! Zirkulieren lassen!

Leuna-Arbeiter,

Ihr seid an der Reihe!

Wählt zum Reichsbetriebsrätekongreß!

Geht

Dienstag, den 21. November

nach Ankunft der Züge in

Naumburg, Weißenfels, Merseburg, Dürrenberg, Dorf Leuna, Ammendorf und Halle

sofort zur Wahl.

Die **Wahllokale werden durch Plakate an den Bahnhöfen bekannt**gemacht.

Stimmzettel kommen zur Verteilung und sind auch im Wahllokal erhältlich.

Kollegen, wenn man glauben sollte, daß Ihr Euch von der Gesamtarbeiterschaft getrennt habt, so zeigt, daß man sich geirrt hat. Die gemeinsame Not, der Unternehmerdruck, die Beschneidung des Versammlungsrechts muß Euch veranlassen, straffste Solidarität mit dem Gesamtproletariat zu üben.

Trotz aller Schwierigkeiten muß auch der letzte Mann zur Wahl gehen!

Der Wahlausschuß des Leunawerkes

Bezirkskonferenz jugendlicher Vertrauensleute

Am gestrigen Sonntag fand im „Volkspark" eine Bezirkskonferenz jugendlicher Betriebsvertrauensleute statt. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden überbrachte Kollege Wöll als Vertreter der rheinisch-westfälischen jugendlichen Vertrauensleute die Kampfesgrüße der dortigen Brüder und schilderte den Gang der rheinischen Betriebsrätebewegung. Er berichtete, daß die Agitation zum Jungarbeiterkongreß in Düsseldorf durch den Eingriff der Schupo, ja sogar durch Anruf der belgischen Besatzungsbehörde bekämpft worden sei. — Zu der gleichzeitigen Tagung in Essen war vom Saalkreisbezirk Kollege Weise-Halle entsandt worden.

Nach dem Bericht des Bezirksausschusses über die vorbereitende Konferenz und den Kassenbestand erfolgten kurze Berichte der einzelnen Ortsausschüsse. Kollege Fehse (Wittenberg) sprach über den guten Verlauf der Bewegung in Wittenberg und Piesteritz, Kollege Scheibe (Mücheln) über die dortige Sabotage. Ein Merseburger Kollege berichtete von der Firma Blancke, daß die dortige Liste von einem AJ.-Mitgliede unterschlagen worden wäre. Kollege Weschte (Ammendorf) wünscht stärkere Teilnahme unter den Jungproletariern. In Helbra scheint die Arbeit schwieriger wegen der vielen kleinen Betriebe. Albrecht (Delitzsch) betonte die Teilnahmeversagung der AJ. und der Naturfreunde. Der Brehnaer Kollege schilderte zuletzt die Erfahrungen in der Bewegung der ländlichen Jungarbeiter.

Nach diesem lebendigen Erfahrungsaustausch folgte das Referat des Kollegen Wölle über „Unser Kampf gegen die Teuerung". Er belegte die verräterische Haltung des ADGB. aus dem „Korrespondenzblatt", begründete die Notwendigkeit der Produktionskontrolle durch die Arbeiterschaft, und betonte, daß hierbei mit dem Bergbau angefangen werden müßte. Dann illustrierte er das Wohnungselend im Rheinland (siebenköpfige Familie in einem Raum) und zeigte, wie gewaltig die Löhne der Jugendlichen hinter denen der Alten zurückständen. Daher erfolge im Rheinland bei zehn Neueinstellungen die Einstellung von sieben bis acht Jugendlichen, was auch eine Gefahr für die erwachsenen Arbeiter bedeute! Dann brachte der Vortragende einige Erläuterungen zu den zehn Forderungen. Er zeigte die Tendenz des Kapitalismus, mit der Aufhebung des Achtstundentags bei der Jugend anzufangen, forderte strengen Fachunterricht in den Fortbildungsschulen und die Wahl von Jugendvertretern in die Kontrollausschüsse.

In der Diskussion führte ein Mansfelder Kollege die im dortigen Bezirk besonders dringenden Forderungen an: Kampf gegen die Abschlagszahlungen und die in Mansfeld üblichen Geld- und Prügelstrafen. Nach der Verlesung eines Magdeburger Begrüßungstelegramms erfolgten die Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongreß mit folgendem Ergebnis: **Halle:** Weise, Knittel, Siebeck. **Mansfeld:** Freitag, Schoppe, Fügner. **Wittenberg:** Fehse. **Helbra:** Rößler. **Geiseltal:** Scheibe. **Delitzsch:** Mittelbach.

Ein Antrag Ammendorf: „Die Konferenz wolle beschließen und den Zentralausschuß jugendlicher Arbeiter Berlin ersuchen, am 3. Dezember das gesamte Jungproletariat zu einer mächtigen Willenskundgebung gegen die wirtschaftliche Knebelung aufzurufen", wurde einstimmig angenommen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden des Inhalts, daß nach dem Berliner Kongreß die ungeheure Fülle revolutionärer Arbeit beginnen werde, und dem Gesang der Internationale, endete die kraftvolle, von fast 70 Teilnehmern besuchte Tagung.

Glesien. Einen Unterhaltungsabend veranstaltet am Mittwoch (Bußtag) die hiesige Ortsgruppe der KPD., abends 7 Uhr, im Gasthof. Mitwirkende sind der Arbeiter-Sängerchor, der Arbeiter-Turnverein und die Dramatische Abteilung. In den Pausen Konzert. Die Genossen und Genossinnen müssen sich zahlreich beteiligen.

Magdeburg. Vor dem Metallarbeiterstreik. Die Urabstimmung der Magdeburger Metallarbeiter hat eine starke Mehrheit für den Streik ergeben, und zwar 80 bis 85 Prozent. Wie wir hören, wird eine Gewerkschaftssitzung am Montagvormittag über den Termin des Streikes beschließen. Von der Regierung wurde jedoch an die Arbeitgeber das Ersuchen gerichtet, nochmals in Lohnverhandlungen einzutreten. Die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes in dieser Richtung stehen noch aus.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsausschüsse jugendlicher Arbeiter

Die zum Reichsbetriebsrätekongreß gewählten Delegierten fahren am Mittwoch, früh 1.10 Uhr, von Halle ab. Wir erwarten, daß alle Delegierten zur angegebenen Zeit in Halle sind.

Der Bezirksausschuß jugendlicher Arbeiter.

Sport

Zu der großen Ringkampfkonkurrenz im „Volkspark" haben sich bis Meldeschluß 4[illegible] Vereine mit 2[illegible]7 Ringern gemeldet. Eine solche große Konkurrenz ist in ganz Deutschland noch nicht dagewesen. Veranstaltet wird dieser große Kampf vom 1. Athletenklub „Achilles". Der Verein hat alles aufgewendet, daß der Kampf in bester Weise durchgeführt werden kann. Interessenten für Ringkampf wird hier Gelegenheit geboten, wirklich gute Ringkämpfe zu sehen und auch den Unterschied zwischen guten Amateurkämpfen und den meist unreellen Berufs-Ringkämpfen zu beobachten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Otto Müller; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Postbezieher denkt an die „Klassenkampf"-Abonnements-Nachzahlung für die Monate Oktober-November in Höhe von 100,— Mark. Benutzt unsere Zahlkarte: Postscheckkonto Leipzig 106848 Fritz Kroh-Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221120-15/fragment/page=0005
DFG

Die kommunistische Frau

Zur Frage des Entfruchtungsrechtes der Frau

A. Sch. Ueber dieses Thema schreibt ein Professor Dr. Ludwig Schleich einen Artikel in den „Leipziger Neuesten Nachrichten". Er kennzeichnet darin jeden Eingriff in das keimende Leben als Frevel, Lebensvernichtung, Eingriff in die Herrschaft der Natur, als Mord. Wir als proletarische Frauen haben das Recht, gegen derartige Auffassungen zu protestieren.

Betrachten wir einmal die Frage vom sozialen und ökonomischen Standpunkte aus, untersuchen wir einmal näher, warum es gerade die proletarische Frau ist, die verlangt, daß man ihr das freie Verfügungsrecht über ihren eigenen Körper gibt.

In der heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft hat die Frau drei Aufgaben zu erfüllen. Sie muß erstens erwerbstätige Frau, Arbeiterin sein, zweitens ist sie Hausfrau und drittens Mutter. Die bürgerliche Frau dagegen hat keine dieser Aufgaben zu erfüllen. Die Erwerbstätigkeit schaltet für sie vollkommen aus. Ihren Haushalt läßt sie durch „Dienstboten" verrichten, und als Mutter hält sie sich für die Erziehung ihrer Kinder Leute, da sie das Geld dazu besitzt, um sich alle Bequemlichkeiten leisten zu können. Es besteht also ein großer Unterschied zwischen der bürgerlichen Frau, der Dame der Bourgeoisie, die für Geld sich alle Arbeit machen läßt, und der proletarischen Frau, die ihre Arbeit alle selbst verrichten muß und entweder im Dienste der Damen der Bourgeoisie steht oder aber als Arbeiterin in der Fron des Kapitalismus steht, um für sich und die Ihren den kärglichen Lebensunterhalt zu verdienen. Nur von dieser Frau sprechen wir.

Der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber hat die proletarische Frau nur Pflichten und keine Rechte. Sie ist also verpflichtet, alles das durchzuführen, was ihr die heutigen Gesetze vorschreiben. Darunter fallen auch die §§ 218/19, die besagen, daß die Frau sich strafbar macht, wenn sie die empfangene Frucht im Mutterleibe nicht zur Austragung bringt. Wenn aber die kapitalistische Gesellschaft das Recht für sich in Anspruch nimmt, alle die Frauen zu bestrafen, die sich die Leibesfrucht abtreiben lassen, so muß festgestellt werden, daß die Abtreibung der Frucht unter den proletarischen Frau nur deshalb geschieht, weil eben die wirtschaftlichen Verhältnisse es der proletarischen Frau nicht mehr gestatten, Herdchen Kinder in die Welt zu setzen.

Wir haben von jeher feststellen können, daß in der proletarischen Familie die Kinder viel zahlreicher sind als in der bürgerlichen Familie. Kinderreiche Familien sind im Bürgertum schon von jeher selten, so daß man geneigt sein könnte, zu sagen, die bürgerliche Frau sei weniger fruchtbar als die proletarische. Nein, hier hat das altbekannte Sprüchlein Geltung: „Gesetze werden geschaffen, damit sie umgangen werden können." Es hat allerdings den Anschein, als sei die bürgerliche Frau nicht so „unmoralisch", sich die Leibesfrucht abzutreiben. In Wirklichkeit ist aber die bürgerliche Frau auf diesem Gebiete nur schlauer; sie läßt sich nichts merken, wenn sie es getan hat. Sie kann sich den Luxus leisten, „einige Wochen ins Bad" zu reisen. Sie hat die Mittel in der Hand, um die Aerzte zu bezahlen, die ihr die Frucht nehmen, weil ihre Austragung die Gesundheit und das Leben der Mutter" gefährden würde. Es ist nicht der Fall, wie der Professor Schleich an einer anderen Stelle seines Artikels sagt: „Ihm (dem Arzt) kann es an sich gleichgültig sein, ob in einer Ehe zwei oder zehn Kinder bleiben sind." Der Arzt behandelt alle seine Kinden je nach dem Stande, dem sie angehören. Und da der kapitalistische Staat nun einmal die Paragraphen geschaffen hat, um dem Kapitalismus ein stets wachsendes Heer von Ausbeutungsobjekten zu garantieren, so sollen sich auch die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsauffassung befangenen Aerzte in den Dienst des bürgerlichen Staates, um für die kapitalistische Ausbeutung den Nachwuchs einer Reservearmee von Ausbeutungsobjekten zu sichern.

Um dem Gebärzwang für die industrielle Reservearmee Geltung zu verschaffen, hat seit einigen Jahren eine förmliche Wut der Strafverfolgung gegen die Frauen eingesetzt, die sich entweder die Frucht haben abtreiben lassen oder auch nur den Versuch dazu unternahmen, sich selbst oder anderen Frauen die Frucht abzutreiben. Am Württemberger Landtag hat einer unserer Genossen all die [illegible] zur Sprache gebracht, in denen wegen Abtreibung Bestrafung [illegible] folgte. Dieses Anklagematerial, das ein einziger Notschrei unserer proletarischen Frauen ist, wurde als Stenogramm in einer Broschüre unter dem Titel „Die Weiße Schmach" herausgegeben.

Im Preußischen Landtag sowie Reichstag sind seinerzeit auch Anträge zur Beseitigung der §§ 218/19 gestellt worden. Allerdings ist es unseren Genossen nicht gelungen, mit ihren Anträgen durchzudringen. Es muß daher der Kampf gegen die Schandparagraphen unermüdlich fortgeführt werden.

Wenn aber auch die Schandparagraphen aus dem Gesetz beseitigt würden, so hat die Not und das Elend der proletarischen Frau doch noch kein Ende. Der Kampf um das Verfügungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper ist nur ein Teil des großen Kampfes um die Befreiung der Frau aus dem Joche der kapitalistischen Gesellschaft. Wir als proletarische Frauen erheben deshalb immer und immer wieder die Forderung: Selbstverfügungsrecht über unseren eigenen Körper so lange, bis die Gesellschaft all die Lasten, die einer werdenden Mutter aufgebürdet werden, auf den Staat übernommen hat. Nur dann, wenn die Gesellschaft die proletarische Frau von allen ihren Nöten und Elend entbunden hat, nur dann wird die proletarische Frau nicht mehr gezwungen sein, sich ihre Leibesfrucht abtreiben zu lassen. Erst dann wird sie mit doppelter Liebe und doppelter Freude die Geburt des Kindes erwarten, das sie empfangen hat.

Der „sogenannte" Mittelstand und wir

Wenn man mit Frauen des Mittelstandes spricht, so hört man sie dauernd über die Not und Teuerung klagen. Der Refrain ist immer: Der Schieber und der Arbeiter kann sich sattessen, kann Fleisch kaufen, kurz und gut, der Arbeiter lebt gegen den sogenannten Mittelstand herrlich und in Freuden. Wer ist nun der „sogenannte" Mittelstand, den wir hier als „sogenannten" bezeichnen? Ich rechne dazu die höheren Beamten, die besser bezahlten Angestellten (Betriebsleiter usw.), kleinere Geschäftsleute, die sich als Kapitalisten noch nicht reich genug fühlen. Diese Herrschaften haben wirklich Not, so daß sie fortwährend den Proletarierfrauen vorjammern und vorklagen, wie schwer es ist, auszukommen mit dem wenigen Gehalt, das der Mann nach Hause bringt. Die Ursachen der Teuerung sind bei ihnen die Arbeiterlöhne. Ich will hier einmal an einem Beispiel zeigen, wie „schlecht" so ein kleiner Unternehmer, ein Baumeister, dessen Frau am größten Klage führt, zu leben hat. Ich nehme an, er beschäftigt zehn Arbeiter. Wenn er bei ausgeführten Arbeiten den Stundenlohn seiner Arbeiter berechnet, so berechnet er dem Auftraggeber 200 Mk. pro Stunde für einen Bauarbeiter. In Wirklichkeit bekommt ein Bauarbeiter 150 Mk. ausgezahlt, wie eben gerade der Arbeitslohn eines Bauarbeiters ist. Der Ueberschuß von annähernd 500 Mk. steckt der Baumeister ein. So verdient er allein an dem nicht ausgezahlten Arbeitslohn ein Viertel von dem, was der Bauarbeiter überhaupt verdient. Wenn er nun 10 Arbeiter beschäftigt, so verdient er an diesen 10 Arbeitern die Stunde 500 Mk. — nur an zuviel berechneten Arbeitslöhnen — bei acht Stunden 4000 Mk., das sind wiederum für die ganze Woche (für die 48-Stundenwoche) 24 000 Mark. Nun müssen wir berücksichtigen, daß dies nicht allein ein Verdienst ist, sondern er auch noch Materialien verkauft und daran noch Geld verdient. Diese Frau hat nicht das Recht, zu sagen, daß ein Arbeiter besser lebt als sie. Weiter muß ich sagen: Eine Beamtenfamilie, die wohl ein auskömmliches Gehalt hat, kann nur durch die Art ihrer Lebensweise in wirtschaftliche Not geraten. Und das ist auch der Fall. Gerade die Beamtenfrau, sowie auch die der kleinen Unternehmer, sind so an äußerliche Formen gebunden, daß es bei der einen nicht ohne ein Nachmittags- und Abendkleid, ohne einige Hüte abgeht, bei der anderen darf der vierwöchentliche Tee mit den Freundinnen nicht fehlen, lieber eine Zeitlang fasten, aber ja nicht die äußerlichen Formen fallen lassen. Und gerade in der Zeit, wo das Geld knapp zum Lebensunterhalt reicht, da sind diese „armen" Frauen wirklich der „notleidende Mittelstand". Und dann geht das Jammern und Klagen über die hohen Preise los, dann sind einzig und allein die Arbeiter mit ihren hohen Löhnen schuld an der Teuerung. Viele indifferente Frauen, die solches hören, werden sagen diese Leute haben recht, sie leben wirklich noch schlechter als Arbeiter, und schon sind sie reif für die VSPD., zu deren Mitglieder ja auch ein großer Teil dieses „sogenannten" Mittelstandes gehört. Da ist es nun die Aufgabe unserer proletarischen Frauen, an die indifferenten Frauen heranzugehen, ihnen klarzumachen, daß nicht die hohen Löhne der Arbeiter diese Teuerung verschulden, denn die Löhne der Arbeiter sind seit vor dem Kriege um das 300fache gestiegen, während die Preise um das 3000fache gestiegen sind. Wir müssen ihnen vor Augen führen, daß wir erst durch die Politik der VSPD., durch die Kuhhandelei mit den Unternehmern in dieses wirtschaftliche Elend hineingekommen sind, und daß wir immer mehr den österreichischen Verhältnissen entgegensteuern, das heißt, noch tiefer in das Elend hinabsinken. Daraus kann uns nur die Selbsthilfe der Arbeiter retten. Den Weg dazu soll uns der Reichsbetriebsrätekongreß zeigen. Darum auf Genossinnen! Agitiert für den Reichsbetriebsrätekongreß! Wählt eine Delegierte, die Eure Interessen auf dem Kongreß vertritt. M. S.

Der Leierkastenmann

Folgende Betrachtungen sendet uns eine Genossin zur Veröffentlichung:

Fast jeden Tag sieht man einen Leierkastenmann durch die Straßen von Haus zu Haus ziehen und man hört seine ewigen Weisen. Einige gewöhnliche Gassenhauer oder ab und zu auch ein verstümmeltes Volkslied ist seine Musik. Es war für mich etwas neues, wenn ich vor Jahren einen Leierkastenmann von Haus zu Haus ziehen sah und die Hausbewohner, vor allen aber die Kinder, sich freuten, wenn er kam. Da öffneten sich die Fenster und von allen Seiten flogen ihm Geldstücke zu. Heute hören die Geldstücke auf, ab und zu bekommt er einen Papierschein. Stundenlang muß er seine Orgel drehen, ehe er sich das Geld verdient hat, um etwas Brot zu kaufen. Alles ist heute anders. — Hinter uns liegt der Krieg mit all seinen Begleiterscheinungen. Auch heute sieht man noch Leierkastenmänner. Ihre Zahl ist nicht geringer geworden. Im Gegenteil, alte Invaliden, Kriegskrüppel und Blinde sitzen an den Straßenecken und betteln sich ihr Brot zusammen. Sie sind glücklich, wenn sie noch ein einigermaßen gutes Instrument haben, denn sie werden ja gezwungen, auf diese Art ihr Brot zu verdienen. Von Tag zu Tag steigt die Not der Armen und Hungernden immer mehr. Hilfsaktionen werden eingeleitet. Aber auch diese Hilfsaktionen werden das Elend und die Not dieser Armen nicht beseitigen, wenn sich nicht der Staat seiner Opfer annimmt, die sich für ihn kaputgearbeitet, die für ihn zu Krüppeln geschossen sind. Er allein ist schuld an dem Elend Hunderttausender. Das kapitalistische Wucher- und Schiebertum hat die Macht. Es dauert nicht lange, dann wird wieder ein ganzes Heer hungernder Arbeitsloser auf der Straße liegen und sich Brot betteln und niemand wird sich rühren, um zu helfen. Hier können sich nur die Armen selbst vor dem Hungertode retten, und zwar durch die organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft. Schließt Euch zusammen, nicht nur in den Betrieben, sondern überall da, wo es Arme und Elende gibt! Schickt Vertreter in die Kontrollausschüsse und kämpft durch sie mit dem gesamten Proletariat für die Besserung Eurer Wirtschaftslage! B. L.

„Wenn ick will, kann ick Blut in den Schnee spucken!"

Das sind die Worte zu dem neuen Titelbild der neuen Nummer der „Kommunistin", die uns den langsamen Tod unserer Kinder vor Augen führen. Die Nummer 22 der „Kommunistin" enthält u. a. einen Artikel von Ketty Gutmann über „Die Prostitutionsfrage vor dem Reichstage". Ein sehr inhaltreicher Artikel über „die Praxis der Schulärzte in Groß-Berlin", wichtig vor allem für die Genossinnen in den Elternbeiräten, gibt gute Winke, auch einmal ihr Augenmerk auf die Aufgaben eines Schularztes, wie er sie erfüllt und erfüllen soll, zu richten. Zwei gewerkschaftliche Artikel und einige Feuilletons, vor allem aber der einleitende Artikel von G. G. L. „Frauen, ergreift die Initiative" geben uns eine Fülle von Material. Der Preis mußte infolge der immer größeren Geldentwertung wiederum erhöht werden. Die Einzelnummer kostet diesmal 10 Mark und ist durch die Distrikte und die Bezirksbuchhandlung erhältlich.

Proletarische Hausfrauen, entsendet durch rege Wahlbeteiligung am Dienstag eine Frau zum Reichsbetriebsrätekongreß!

Die Klerisei

5] Roman von Nikolaus Leskow

War er in seiner Erzählung so weit gekommen, versank der Diakon gewöhnlich in Gedanken, seufzte, und fuhr nach einer Minute in melancholischem Tone fort:

„Und nun fliehen und fliehen die Tage dahin, aber der Zorn des Vaters Sawelij ist bis heute nicht von ihm gewichen. Ich ging zu ihm und klagte mich selber an: ich klagte mich an und tat Buße. Ich sprach: 'Vergebt mir, wie der Herr den Sündern vergibt' — aber ich erhielt nichts zur Antwort, als ‚Geh.' Wohin? Wohin soll ich gehen, frage ich. Mit den Leuten da werde ich wirklich noch zum Kain . . . Ich weiß es, ich weiß es genau, nur er allein, nur der Vater Sawelij vermag mich in Subordination zu halten — und er . . . und er . . ."

Bei diesen Worten kamen dem Diakon die Tränen in die Augen und leise aufschluchzend schloß er seinen Bericht:

„Und er spielt ein so böses Spiel mit mir — er schweigt! Was ich auch sage, er schweigt! . . . Warum schweigst Du?" schrie der Diakon plötzlich laut auf und fing wirklich an zu schluchzen. Dabei streckte er beide Arme in der Richtung aus, wo sich nach seiner Voraussetzung das Haus des Propstes befinden mußte. — „Meinst Du, das wäre gerecht gehandelt? Ist es recht, wenn ich in meinem Amte als Diakon zu ihm trete und sage: ‚Vater, segne mich' — und ich küsse dann seine Hand und fühle, daß sogar sie für mich eiskalt ist! Ist das recht? Am Pfingsttage, vor dem großen Gebet, kam ich, in Tränen zerfließend, zu ihm und bat ihn: segne mich . . . Aber er zeigte keine Rührung. ‚Sei gesegnet,' sagte er. Was soll mir dieser Formentkram, wenn alles ohne Freundlichkeit geschieht!"

Der Diakon rechnete auf Trost und Unterstützung.

„Verdien' Dir seine Freundlichkeit," sagte ihm der Vater Zacharia „verdiene sie Dir ordentlich, und er wird Dir verzeihen und wieder gut zu Dir sein."

„Wie soll ich sie mir denn verdienen, Vater Zacharia?"

„Durch musterhaftes Betragen."

„Was nützt mir denn all mein Betragen, wenn er mich überhaupt nicht bemerkt? Glaubst Du, es ließe mich kalt, ihn jetzt immer so bekümmert, immer so tief in Gedanken zu sehen? Gott im Himmel, sag' ich zu mir selbst, was mag ihn so beschäftigen? Am Ende gar quält er sich meinetwegen . . . Mag er mir auch noch so sehr zürnen, er verstellt sich ja doch nur: ich weiß, daß er mich liebhat . . ."

Der Diakon wandte das Gesicht ab, schlug mit der rechten Faust gegen die linke Handfläche und brummte:

„Na, warte, Du Hostienbäckerlümmel, das geht Dir nicht so durch! ich will in Wahrheit Kain und nicht der Diakon Achilla sein, wenn ich diesen Lehrer Warnawa nicht vor aller Augen zum Krüppel schlage!"

Aus dieser Drohung allein kann der Leser schon ersehen, daß einem gewissen, hier erwähnten Lehrer Warnawa Prepotenskij seitens des Diakons Achilla eine ernste Gefahr drohte, und diese Gefahr rückte immer näher und drohender heran, je stärker und quälender Achillas Sehnsucht nach dem verlorenen Paradiese wurde, die Sehnsucht nach dem eingebüßten Wohlwollen des Vaters Sawelij. Und endlich schlug die Stunde, da Warnawa Prepotenskij seinen Lohn aus der Hand Achillas empfangen sollte, das Ereignis, mit dem das große Stargorodor Drama beginnt, welches den Inhalt dieser Chronik bilden soll.

Um den Leser in das Verständnis dieses Dramas einzuführen, lassen wir vorderhand alle Schleichwege beiseite, auf denen Achilla, gleich einem amerikanischen Pfadfinder, seinem Feinde, dem Lehrer Warnawa, nachspürt. Versenken wir uns lieber in die Tiefen der inneren Welt der dramatischsten Person unserer Geschichte und treten in jene Welt, die bisher noch allen, selbst sie aus der Nähe oder aus der Ferne betrachteten, unbekannt und unsichtbar geblieben ist: in das reinliche Häuschen des Vaters Tuberozow. Vielleicht, wenn wir im Innern dieses Hauses stehen, finden wir ein Mittel, auch in die Seele seines Herrn zu schauen, wie man in einen gläsernen Bienenstock schaut, wo die Bühne ihre wundersame Wabe baut, aus Wachs, das vor dem Antlitz Gottes leuchten, und aus Honig, der den Menschen erfreuen soll. Aber seien wir vorsichtig und rücksichtsvoll: ziehen wir leichte Sandalen an, auf daß unserer Schritte Schall den sinnenden und betrübten Propst nicht störe. Setzen wir die Tarnkappe aus dem Märchen aufs Haupt, damit unser neugierig Antlitz den ernsten Blick des würdigen Greises nicht verwirre, und lauschen wir mit offenem Ohr auf alles, was wir von ihm zu hören bekommen.

Viertes Kapitel

Der Sommerabend hat sich über Stargorod herabgesenkt. Längst ist die Sonne untergegangen. Die Anhöhe, auf der sich die spitze Kuppel des Domes erhebt, liegt in bleiches Mondlicht getaucht, das stille, flache Ufer drüben versinkt in warmer Finsternis. Ueber die schwimmende Brücke, welche beide Stadtteile miteinander verbindet, bewegen sich ab und zu einsame Gestalten. Sie haben es eilig, denn die Nacht im stillen Städtchen treibt sie früh in ihre Nester und an ihre Herdfeuer. Schellenklingelnd fährt ein Postwagen über die Brückenbohlen wie über Klaviertasten; dann ist alles wieder totenstill. Von den Wäldern draußen weht eine wohltuende Kühle herüber. Blau schimmert auf der von zwei Armen der Turitsa gebildeten Insel das Gemüsefeld des uralten schiefnäsigen Sonderlings Konstantin Pizonskij, welcher von allen „Onkel Kotin" genannt wird.

„Molwoscha! Wo bist Du, Molwoscha?!" schallt es von der Insel herüber.

Der Alte ruft den muntern Buben, seinen Pflegesohn, und so deutlich ist dieser Ruf im Hause des Propstes zu hören, daß man glauben möchte, es riefe jemand dicht unter dem Fenster, an welchem die Pröpstin sitzt. Von demselben Gemüsefeld schallt ein lautes Kinderlachen herüber, man hört das Wasser plätschern, nackte Kinderfüßchen laufen klatschend über die Brückenbohlen, und hellauf bellt ein spielender Hund. Alles das scheint so nah, daß die Mutter Pröpstin von ihrem Platz am Fenster aufspringt und die Arme nach vorn ausstreckt. Sie meint, das laufende und lachende Kind müsse ihr gleich in den Schoß fallen. Aber als sie sich umschaut, erkennt sie die Täuschung. Sie tritt vom Fenster in das Innere des Zimmers zurück, zündet eine der auf der Kommode stehenden Kerzen an und ruft ein kleines, etwa zwölfjähriges Mädchen zu sich heran.

„Weißt Du nicht, Feklinka, wo unser Vater Propst ist?" fragte sie.

„Er spielt Dame beim Polizeichef, Mütterchen."

„Ah, so, beim Polizeichef. Schon recht. Wir wollen ihm das Bett machen, Feklinka, damit alles fertig ist, wenn er heimkommt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221120-15/fragment/page=0006